

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele,  
Dr. Konstantin von Notz, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/14302 –**

### **Überwachung der Internet- und Telekommunikation durch Geheimdienste der USA, Großbritanniens und in Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Aus den Aussagen und Dokumenten des Whistleblowers Edward Snowden, Verlautbarungen der US-Regierung und anders bekannt gewordenen Informationen ergibt sich, dass Internet- und Telekommunikation auch von, nach oder innerhalb von Deutschland durch Geheimdienste Großbritanniens, der USA und anderer Staaten, die als befreundete Staaten bezeichnet werden, massiv überwacht wird (jeweils durch Anzapfen von Telekommunikationsleitungen, Inpflichtnahme von Unternehmen, Satellitenüberwachung und auf anderen im einzelnen nicht bekannten Wegen, im Folgenden zusammenfassend „Vorgänge“ genannt) und dass der Bundesnachrichtendienst (BND) zudem viele Erkenntnisse über auslandsbezogene Kommunikation an ausländische Nachrichtendienste, insbesondere der USA und Großbritanniens, übermittelt. Wegen der – durch die Medien (vgl. etwa taz.de, 18. August 2013, „Da kommt noch mehr“; ZEIT-ONLINE, 15. August 2013, „Die versteckte Kapitulation der Bundesregierung“; SPIEGEL ONLINE, 1. Juli 2013, „Ein Fall für zwei“; SZ-online.de, 18. August 2013, „Chefverharmloser“; KR-online, 2. August 2013, „Die Freiheit genommen“; FAZ.net, 24. Juli 2013, „Letzte Dienste“; mz-web.de, 16. Juli 2013, „Friedrich lässt viele Fragen offen“) als unzureichend, zögerlich, widersprüchlich und neuen Enthüllungen stets erst nachfolgend beschriebenen – spezifischen Informations- und Aufklärungspraxis der Bundesregierung konnten viele Details dieser massenhaften Ausspähung bisher nicht geklärt werden. Ebenso wenig konnte der Verdacht ausgeräumt werden, dass deutsche Geheimdienste an einem deutschen Recht und deutschen Grundrechten widersprechenden weltweiten Ringtausch von Daten beteiligt sind.

Mit dieser Kleinen Anfrage sucht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufzuklären, welche Kenntnisse die Bundesregierung und Bundesbehörden wann von den Überwachungsvorgängen durch die USA und Großbritannien erhalten haben, und ob sie dabei Unterstützung geleistet haben. Zudem soll aufgeklärt werden, inwieweit deutsche Behörden ähnliche Praktiken pflegen,

Daten ausländischer Nachrichtendienste nutzen, die nach deutschem (Verfassungs-)recht nicht hätten erhoben oder genutzt werden dürfen oder unrechtmäßig bzw. ohne die erforderlichen Genehmigungen Daten an andere Nachrichtendienste übermittelt haben.

Außerdem möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dieser Kleinen Anfrage weitere Klarheit darüber gewinnen, welche Schritte die Bundesregierung unternimmt, um nach den Berichten, Interviews und Dokumentenveröffentlichungen verschiedener Whistleblower und der Medien, die notwendige Sachaufklärung voranzutreiben sowie ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Verletzung ihrer Grundrechte durch fremde Nachrichtendienste nachzukommen.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass eine Beantwortung zu den Fragen 37, 45, 50, 52b und 52d, 61, 63, 65, 67, 70 sowie 71 in offener Form ganz oder teilweise nicht erfolgen kann. Die erbetenen Auskünfte sind geheimhaltungsbedürftig, weil sie Informationen enthalten, die im Zusammenhang mit der Arbeitsweise und Methodik der Nachrichtendienste und insbesondere ihrer Aufklärungsaktivitäten und Analysemethoden stehen. Der Schutz vor allem der technischen Aufklärungsfähigkeiten des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Rahmen der Fernmeldeaufklärung stellt für die Aufgabenerfüllung des BND einen überragend wichtigen Grundsatz dar. Er dient der Aufrechterhaltung der Effektivität nachrichtendienstlicher Informationsbeschaffung durch den Einsatz spezifischer Fähigkeiten. Eine Veröffentlichung von Einzelheiten betreffend solcher Fähigkeiten würde zu einer wesentlichen Schwächung der den Nachrichtendiensten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Informationsgewinnung führen. Dies würde für die Auftragsbefüllung des BND erhebliche Nachteile zur Folge haben. Sie kann für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein. Insofern könnte die Offenlegung entsprechender Informationen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen und damit das Staatswohl gefährden. Deshalb sind die entsprechenden Informationen als Verschlusssache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „Geheim“ eingestuft und werden der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zugeleitet.

### Aufklärung und Koordination durch die Bundesregierung

1. Wann, und in welcher Weise haben Bundesregierung, Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt, die jeweiligen Bundesministerien sowie die ihnen nachgeordneten Behörden und Institutionen (z. B. Bundesamt für Verfassungsschutz – BfV –, Bundesnachrichtendienst – BND –, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI –, Cyber-Abwehrzentrum) jeweils
  - a) von den eingangs genannten Vorgängen erfahren,

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die USA ebenso wie eine Reihe anderer Staaten zur Wahrung ihrer Interessen Maßnahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung durchführen. Von der konkreten Ausgestaltung der dabei zur Anwendung kommenden Programme oder von deren internen Bezeichnungen, wie sie in den Medien aufgrund der Informationen von Edward Snowden dargestellt worden sind, hatte die Bundesregierung keine Kenntnis.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 sowie auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. August 2013, im Folgenden als Bundestagsdrucksache 17/14560 bezeichnet, verwiesen.

- b) hieran mitgewirkt,

Stellen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung haben an den in den Vorbemerkungen genannten Programmen nicht mitgewirkt. Sofern durch den BND im Ausland erhobene Daten Eingang in diese Programme gefunden haben oder von deutschen Stellen Software genutzt wird, die in diesem Zusammenhang in den Medien genannt wurde, sieht die Bundesregierung dies nicht als „Mitwirkung“ an.

Die Nutzung von Software (z. B. XKeyscore) und der Datenaustausch zwischen deutschen und ausländischen Stellen erfolgten ausschließlich im Einklang mit deutschem Recht.

- c) insbesondere an der Praxis von Sammlung, Verarbeitung, Analyse, Speicherung und Übermittlung von Inhalts- und Verbindungsdaten durch deutsche und ausländische Nachrichtendienste mitgewirkt,

Auf die Antwort zu Frage 1b wird verwiesen. Die Sicherheitsbehörden Deutschlands bekommen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Informationen mit Deutschlandbezug – zum Beispiel im sogenannten Sauerland-Fall – von ausländischen Stellen übermittelt. Diese Lieferung von Hinweisen zum Beispiel im Zusammenhang mit Terrorismus, Staatsschutz erfolgt unter anderem auch durch die USA. In diesem sehr wichtigen Feld der internationalen Zusammenarbeit ist es jedoch unüblich, dass die zuliefernde Stelle die Quelle benennt, aus der die Daten stammen.

- d) bereits frühere substantielle Hinweise auf NSA-Überwachung deutscher Telekommunikation zur Kenntnis genommen, etwa in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages vom 24. Februar 1989 (Plenarprotokoll 17/129, 9517 ff.) nach einer vorangegangenen „SPIEGEL“-Titelgeschichte dazu?

Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang u. a. den Bericht über die Existenz eines globalen Abhörsystems für private und wirtschaftliche Kommunikation (Abhörsystem ECHELON) (2001/2098 (INI)) des nichtständigen Ausschusses über das Abhörsystem Echelon des Europäischen Parlaments zur Kenntnis genommen. Die Existenz von Echelon wurde seitens der Staaten, die dieses System betreiben sollen, niemals eingeräumt.

2. a) Haben die deutschen Botschaften in Washington und London sowie die dort tätigen BND-Beamten in den zurückliegenden acht Jahren jeweils das Auswärtige Amt und – über hiesige BND-Leitung – das Bundeskanzleramt in Deutschland durch Berichte und Bewertungen
- aa) zu den in diesem Zeitraum verabschiedeten gesetzlichen Ermächtigungen dieser Länder für die Überwachung des ausländischen Internet- und Telekommunikationsverkehrs (z. B. sog. RIPA-Act; PATRIOT Act; FISA Act),
- bb) zu aus den Medien und aus anderen Quellen zur Kenntnis gelangten Praxis der Auslandsüberwachung durch diese beiden Staaten informiert?

Die deutsche Botschaft in Washington berichtet regelmäßig zum Themenkomplex „Innere Sicherheit/Terrorismusbekämpfung in den USA“. Im Rahmen dieser Berichte sowie anlassbezogen hat die Botschaft Washington die Bundesregierung über aktuelle Entwicklungen bezüglich der Gesetze PATRIOT Act und FISA Act informiert. Die Berichterstattung der deutschen Botschaft London erfolgt anlassbezogen. Die Umsetzung des RIPA-Acts war nicht Gegenstand der Berichterstattung der deutschen Botschaft London.

Der BND hat anlässlich verschiedener Reisen von Vertretern des Bundeskanzleramtes sowie parlamentarischer Gremien (G 10-Kommission, Parlamentarisches Kontrollgremium und Vertrauensgremium des Deutschen Bundestages) in die USA bzw. anlässlich von Besuchen hochrangiger US-Vertreter in Deutschland Vorbereitungs- und Arbeitsunterlagen erstellt, die auch Informationen im Sinne der Frage 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa enthielten. Hierzu hat die BND-Residentur in Washington beigetragen.

Durch die Residentur des BND in London wurden in den letzten acht Jahren keine Berichte im Sinne der Frage erstellt.

Zur Praxis der Auslandsüberwachung wurden durch den BND keine Berichte bzw. Arbeitsunterlagen erstellt.

b) Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 2a wird verwiesen.

c) Wird die Bundesregierung diese Berichte, soweit vorhanden, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?

Eine Weitergabe der Berichterstattung des BND und der deutschen Botschaften in Washington und London zu der entsprechenden britischen bzw. US-amerikanischen Gesetzgebung an den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit ist nicht vorgesehen. Mitgliedern des Deutschen Bundestages werden durch die Bundesregierung anlassbezogen Informationen zur Verfügung gestellt, in welche die Berichte der Auslandsvertretungen bzw. des BND einfließen. Darüber hinaus begründet das parlamentarische Fragerecht keinen Anspruch auf die Übersendung von Dokumenten. Zudem sind die Berichte nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern dienen der internen Meinungs- und Willensbildung der Bundesregierung.

d) Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 2c wird verwiesen.

3. Wurden angesichts der im Zusammenhang mit den Vorgängen erhobenen Hacking- bzw. Ausspähvorwürfen gegen die USA bereits

a) das Cyberabwehrzentrum mit Abwehrmaßnahmen beauftragt,

Das Cyberabwehrzentrum wirkt als Informationsdrehscheibe unter Beibehaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der beteiligten Behörden auf kooperativer Basis. Eigene Befugnisse wie die Vornahme von operativen Abwehrmaßnahmen kommen dem Cyberabwehrzentrum hingegen nicht zu.

Im Rahmen der Koordinierungsaufgabe findet regelmäßig eine Befassung des Cyberabwehrzentrums mit der aktuellen Bedrohungslage statt.

- b) der Cybersicherheitsrat einberufen und

Der Cybersicherheitsrat ist aus Anlass der öffentlichen Diskussion um die Überwachungsprogramme PRISM und TEMPORA am 5. Juli 2013 auf Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, zu einer Sondersitzung zusammengetreten. Im Rahmen der ordentlichen Sitzung vom 1. August 2013 wurde das Acht-Punkte-Programm der Bundesregierung für einen besseren Schutz der Privatsphäre erörtert.

- c) der Generalbundesanwalt zur Einleitung förmlicher Strafermittlungsverfahren angewiesen?

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof prüft in einem Beobachtungsvorgang unter dem Betreff „Verdacht der nachrichtendienstlichen Ausspähung von Daten durch den amerikanischen militärischen Nachrichtendienst National Security Agency (NSA) und den britischen Nachrichtendienst Government Communications Headquarters (GCHQ)“, den er aufgrund von Medienveröffentlichungen am 27. Juni 2013 angelegt hat, ob ein in seine Zuständigkeit fallendes Ermittlungsverfahren, namentlich nach § 99 StGB, einzuleiten ist. Die Bundesregierung nimmt auf die Prüfung der Bundesanwaltschaft keinen Einfluss.

- d) Soweit nein, warum jeweils nicht?

Auf die Antwort zu Frage 3c wird verwiesen.

4. a) Inwieweit treffen Medienberichte (SPIEGEL ONLINE, 25. Juni 2013, „Brandbriefe an britische Minister“; SPIEGEL ONLINE, 15. Juni 2013, „US-Spähprogramm Prism“) zu, wonach mehrere Bundesministerien am 14. Juni bzw. 24. Juni 2013 völlig unabhängig voneinander Fragenkataloge an die US- und britische Regierung versandt haben?

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat sich am 11. Juni 2012 an die US-Botschaft und am 24. Juni 2013 an die britische Botschaft mit jeweils einem Fragebogen gewandt, um die näheren Umstände zu den Medienveröffentlichungen rund um PRISM und TEMPORA zu erfragen.

Die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, hat sich bereits kurz nach dem Bekanntwerden der Vorgänge mit Schreiben vom 12. Juni 2013 an den United States Attorney General Eric Holder gewandt und darum gebeten, die Rechtsgrundlage für PRISM und seine Anwendung zu erläutern. Mit Schreiben vom 24. Juni 2013 hat die Bundesministerin der Justiz – ebenfalls kurz nach dem Bekanntwerden der entsprechenden Vorgänge – den britischen Justizminister Christopher Grayling und die britische Innenministerin Theresa May gebeten, die Rechtsgrundlage für TEMPORA und dessen Anwendungspraxis zu erläutern.

Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Washington haben diese Anfragen in Gesprächen mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und der US-Regierung in Washington begleitet und klargestellt, dass es sich um ein einheitliches Informationsbegehren der Bundesregierung handelt.

- b) Wenn ja, weshalb wurden die Fragenkataloge unabhängig voneinander versandt?

Innerhalb der Bundesregierung gilt das Ressortprinzip (Artikel 65 des Grundgesetzes). Die jeweils zuständigen Bundesminister/Bundesministerinnen haben

sich im Interesse einer schnellen Aufklärung in ihrem Zuständigkeitsbereich unmittelbar an ihre amerikanischen und britischen Amtskollegen gewandt.

- c) Welche Antworten liegen bislang auf diese Fragenkataloge vor?

Abschließende Antworten auf die Fragebögen des BMI stehen seitens Großbritanniens und den USA noch aus. Allerdings wurden im Rahmen der Entsendung von Expertendelegationen und der Reise des Bundesministers des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, am 12. Juli 2013 nach Washington bereits wichtige Auskünfte zu den von Deutschland aufgeworfenen Fragen gegeben. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sie mit dem Fortschreiten des von den USA eingeleiteten Deklassifizierungsprozesses weitere Antworten auf die gestellten Fragen erhalten wird.

Der britische Justizminister hat auf das Schreiben der Bundesministerin der Justiz mit Schreiben vom 2. Juli 2013 geantwortet. Darin erläutert er die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Nachrichtendienste Großbritanniens und für deren Kontrolle. Eine Antwort des United States Attorney General steht noch aus.

- d) Wann wird die Bundesregierung sämtliche Antworten vollständig veröffentlichen?

Über eine mögliche Veröffentlichung wird entschieden werden, wenn alle Antworten vorliegen.

5. a) Welche Antworten liegen inzwischen auf die Fragen der Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern (BMI), Cornelia Rogall-Grothe, vor, die sie am 11. Juni 2013 an von den Vorgängen unter Umständen betroffene Unternehmen übersandte?
- b) Wann werden diese Antworten veröffentlicht werden?
- c) Falls keine Veröffentlichung geplant ist, weshalb nicht?

Die Fragen der Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Cornelia Rogall-Grothe, vom 11. Juni 2013 haben die folgenden Internetunternehmen beantwortet: Yahoo, Microsoft einschließlich seiner Konzerntochter Skype, Google einschließlich seiner Konzerntochter Youtube, Facebook und Apple. Keine Antwort ist bislang von AOL eingegangen.

In den vorliegenden Antworten wird die in den Medien im Zusammenhang mit dem Programm PRISM dargestellte unmittelbare Zusammenarbeit der Unternehmen mit den US-Behörden dementiert. Die Unternehmen geben an, dass US-Behörden keinen „direkten Zugriff“ auf Nutzerdaten bzw. „uneingeschränkten Zugang“ zu ihren Servern haben. Man sei jedoch verpflichtet, den amerikanischen Sicherheitsbehörden auf Beschluss des FISA-Gerichts Daten zur Verfügung zu stellen. Dabei handele es sich jedoch um gezielte Auskünfte, die im Beschluss des FISA-Gerichts spezifiziert werden.

Mit Schreiben vom 9. August 2013 hat Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe die oben genannten Unternehmen erneut angeschrieben und um Mitteilung von neueren Informationen und aktuellen Erkenntnissen gebeten. Die Unternehmen Yahoo, Google, Facebook und Microsoft einschließlich seiner Konzerntochter Skype haben bislang geantwortet. Sie bekräftigen in ihren Antworten im Wesentlichen die bereits zuvor getätigten Ausführungen.

Die Bundesregierung hat die Mitglieder des Deutschen Bundestages frühzeitig und fortlaufend über die Antworten der angeschriebenen US-Internetunternehmen unterrichtet (u. a. 33. Sitzung des Unterausschusses Neue Medien des Deut-

schen Bundestages am 24. Juni 2013, 112. Sitzung des Innenausschusses am 26. Juni 2013). Diese Praxis wird die Bundesregierung künftig fortsetzen. Einer Herausgabe der Antworten an die interessierte Öffentlichkeit steht nichts entgegen.

6. Warum zählte das BMI als federführend zuständiges Bundesministerium für Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit nicht zu den Mitausrichtern des am 14. Juni 2013 veranstalteten sogenannten Krisengesprächs des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums der Justiz?

Das Gespräch im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie am 14. Juni 2013 diente dem Zweck, einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit betroffenen Unternehmen und Verbänden der Internetwirtschaft zu führen. Das Gespräch erfolgte auf Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto. Seitens der Bundesregierung waren neben dem Bundesministerium der Justiz auch das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie das Bundeskanzleramt eingeladen.

7. Welche Maßnahmen hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, ergriffen, um künftig zu vermeiden, dass – wie im Zusammenhang mit dem Bericht der „BILD Zeitung“ vom 17. Juli 2013 bezüglich Kenntnisse der Bundeswehr über das Überwachungsprogramm PRISM in Afghanistan geschehen – den Abgeordneten sowie der Öffentlichkeit durch Vertreter von Bundesoberbehörden im Beisein eines Bundesministers Informationen gegeben werden, denen am nächsten Tag durch ein anderes Bundesministerium widersprochen wird?

Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 verwiesen.

8. a) Wie bewertet die Bundesregierung, dass der BND-Präsident im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17. Juli 2013 über ein neues NSA-Abhörzentrum in Wiesbaden-Erbenheim berichtete (Frankfurter Rundschau, 18. Juli 2013), der BND dies tags darauf dementierte, aber das US-Militär prompt den Neubau des „Consolidated Intelligence Centers“ bestätigte, wohin Teile der 66th US-Military Intelligence Brigade von Griesheim umziehen sollen (FOCUS Online, 18. Juli 2013)?  
b) Welche Maßnahme hat die Bundesregierung getroffen, um künftig derartige Widersprüchlichkeiten in den Informationen der Bundesregierung zu vermeiden?

Medienberichte, nach denen BND-Präsident Gerhard Schindler im geheimen Teil der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 17. Juli 2013 erklärt habe, US-amerikanische Behörden planten in Wiesbaden eine Abhöranlage, sind unzutreffend.

9. In welcher Art und Weise hat sich die Bundeskanzlerin
  - a) fortlaufend über die Details der laufenden Aufklärung und die aktuellen Presseberichte bezüglich der fraglichen Vorgänge informiert,
  - b) seit Amtsantritt über die in Rede stehenden Vorgänge sowie allgemein über die Überwachung Deutscher durch ausländische Geheimdienste und die Übermittlung von Telekommunikationsdaten an ausländische Geheimdienste durch den BND unterrichten lassen?

Hierzu wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 114 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 verwiesen.

10. Wie bewertet die Bundeskanzlerin die aufgedeckten Vorgänge rechtlich und politisch?
11. Wie kann und wird die Bundeskanzlerin über die notwendigen politischen Konsequenzen entscheiden, obwohl sie sich bezüglich der Details für unzuständig hält, wie sie im Sommerinterview in der Bundespressekonferenz vom 19. Juli 2013 mehrfach betont hat?

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat am 19. Juli 2013 als konkrete Schlussfolgerungen acht Punkte vorgestellt, die sich derzeit in der Umsetzung befinden. Darüber hinaus wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/14560 verwiesen.

Heimliche Überwachung von Kommunikationsdaten durch US-amerikanische und britische Geheimdienste

12. Inwieweit treffen die Berichte der Medien und des Whistleblowers Edward Snowden nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass
  - a) die NSA monatlich rund eine halbe Milliarde Kommunikationsverbindungen in oder aus Deutschland oder deutscher Teilnehmer und Teilnehmerinnen überwacht (z. B. Telefonate, Mails, SMS, Chatbeiträge), tagesdurchschnittlich bis zu 20 Millionen Telefonverbindungen und um die 10 Millionen Internetdatensätze (vgl. SPIEGEL ONLINE, 30. Juni 2013),

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie auf die Antwort zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

- b) die von der Bundesregierung zunächst unterschiedenen zwei (bzw. nach der Korrektur des Bundesministers für besondere Aufgaben Ronald Pofalla am 25. Juli 2013 sogar drei) PRISM-Programme, die durch die National Security Agency (NSA) und Bundeswehr genutzt werden, jeweils mit den NSA-Datenbanken namens „Marina“ und „Mainway“ verbunden sind,

Auf die Antworten zu den Fragen 38 bis 41 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

Im Übrigen hat die Bundesregierung weder Kenntnis, dass NSA-Datenbanken namens „Marina“ und „Mainway“ existieren, noch ob diese Datenbanken mit einem der seitens der USA mit PRISM genannten Programme im Zusammenhang stehen.

- c) die NSA außerdem
    - „Nucleon“ für Sprachaufzeichnungen, die aus dem Internetdienst Skype abgefangen werden,
    - „Pinwale“ für Inhalte von E-Mails und Chats,
    - „Dishfire“ für Inhalte aus sozialen Netzwerkennutze (vgl. FOCUS Online vom 19. Juli 2013)?

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über Programme mit den Namen „Nucleon“, „Pinwale“ und „Dishfire“ vor.



- d) der britische Geheimdienst GCHQ das transatlantische Telekommunikationskabel TAT 14, über das auch Deutsche bzw. Menschen in Deutschland kommunizieren, zwischen dem deutschen Ort Norden und dem britischen Ort Bude anzapfe und überwache (vgl. Süddeutsche Zeitung, 29. Juni 2013),

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis, dass sich das transatlantische Telekommunikationskabel TAT 14 tatsächlich im Zugriff des GCHQ befindet.

- e) auch die NSA Telekommunikationskabel in bzw. mit Bezug zu Deutschland anzapfe und dass deutsche Behörden dabei unterstützen (FAZ, 27. Juni 2013)?

Die Bundesregierung und auch die Betreiber großer deutscher Internetknotenpunkte haben keine Hinweise, dass in Deutschland Telekommunikationsdaten durch ausländische Stellen erhoben werden.

13. Auf welche Weise und in welchem Umfang erlauschen nach Kenntnis der Bundesregierung ausländische Geheimdienste durch eigene direkte Maßnahmen und mit etwaiger Hilfe von Unternehmen Kommunikationsdaten deutscher Teilnehmer und Teilnehmerinnen?

Auf die Antworten zu den Fragen 1a und 12e wird verwiesen.

14. a) Welche Daten lieferten der BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) an ausländische Geheimdienste wie die NSA jeweils aus der Überwachung satellitengestützter Internet- und Telekommunikation (bitte seit 2001 nach Jahren, Absender- und Empfängerdiensten auflisten)?

Es wird zunächst auf Bundestagsdrucksache 17/14560, dort insbesondere auf die Antwort zu Frage 43 verwiesen. Die Datenweitergabe betrifft inhaltlich insbesondere die Themenfelder Internationaler Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Proliferation sowie die Unterstützung der Bundeswehr in Auslandseinsätzen. Sie dient der Aufklärung von Krisengebieten oder Ländern, in denen deutsche Sicherheitsinteressen berührt sind. In Ermangelung einer laufenden statistischen Erfassung von Datenübermittlungen nach einzelnen Qualifikationsmerkmalen (wie etwa das Beibehalten von Informationen aus satellitengestützter Internetkommunikation) kann rückwirkend keine Quantifizierung im Sinne der Frage erfolgen.

- b) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die an ausländische Geheimdienste weitergeleiteten Daten jeweils erhoben?

Die Erhebung der Daten durch den BND erfolgt jeweils auf der Grundlage von § 1 Absatz 2 des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst (BNDG), §§ 2 Absatz 1 Nummer 4, 3 BNDG sowie §§ 3, 5 und 8 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G 10). Das BfV erhebt Telekommunikationsdaten nach § 3 G 10.

- c) Für welche Dauer wurden die Daten beim BND und BfV je gespeichert?

G 10-Erfassungen personenbezogener Daten sind gemäß §§ 4 Absatz 1 Satz 1, 6 Absatz 1 Satz 1 und 8 Absatz 4 Satz 1 G 10 unmittelbar nach Erfassung und nachfolgend im Abstand von höchstens sechs Monaten auf ihre Erforderlichkeit zu prüfen. Werden die Erfassungen zur Auftrags Erfüllung nicht mehr benö-

tigt, so sind sie unverzüglich zu löschen. Eine Löschung unterbleibt, wenn und solange die Daten für eine Mitteilung an den Betroffenen oder eine gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme benötigt werden. In diesem Falle werden die Daten gesperrt und nur noch für die genannten Zwecke genutzt. In den übrigen Fällen richtet sich die Löschung nach § 5 Absatz 1 BNDG i. V. m. § 12 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG).

- d) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die Daten an ausländische Geheimdienste übermittelt?

Die Übermittlung durch den BND an ausländische Stellen erfolgt auf der Grundlage von § 1 Absatz 2 BNDG, §§ 9 Absatz 2 BNDG i. V. m. 19 Absatz 3 BVerfSchG sowie § 7a G 10.

Die Übermittlung durch das BfV an ausländische Stellen erfolgt auf der Grundlage von § 19 Absatz 3 BVerfSchG. Im Wege der Zusammenarbeit übermitteln die Fachbereiche des BfV nach dieser Norm personenbezogene Daten an Partnerdienste, wenn die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange Deutschlands oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen.

Die Übermittlung kann sich auch auf Daten deutscher Staatsbürger beziehen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Soweit die Übermittlung von Informationen, die aus G 10-Beschränkungsmaßnahmen stammen, in Rede steht, richtet sich diese nach den Übermittlungsvorschriften des § 4 G 10.

- e) Zu welchen Zwecken wurden die Daten je übermittelt?

Der BND hat Daten zur Erfüllung der in den genannten Rechtsgrundlagen dem BND übertragenen gesetzlichen Aufgaben übermittelt. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 14a sowie auf Bundestagsdrucksache 17/14560, dort insbesondere auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie die Antworten zu den Fragen 43, 44 und 85, verwiesen.

- f) Wann wurden die für Datenerhebungen und Datenübermittlungen gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen, z. B. des Bundeskanzleramtes oder des BMI, jeweils eingeholt?

Es wird auf Bundestagsdrucksache 17/14560, dort auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 86, verwiesen. Die Zustimmungen des Bundeskanzleramtes datieren vom 21. und 27. März 2012 sowie vom 4. Juli 2012.

- g) Falls keine Genehmigungen eingeholt wurden, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 14f wird verwiesen.

- h) Wann wurden jeweils das Parlamentarische Kontrollgremium und die G10-Kommission des Deutschen Bundestages um Zustimmung er sucht bzw. informiert?

In Bezug auf den BND wird auf Bundestagsdrucksache 17/14560, dort auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antwort zu Frage 87, verwiesen. Die einschlägigen Berichte zur Durchführung des G 10 zur Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) gemäß § 14 Absatz 1 des G 10

für das erste und zweite Halbjahr 2012 waren Gegenstand der 38. und 41. Sitzung des PKGr am 13. März 2013 und am 26. Juni 2013.

Das BfV informiert das PKGr und die G 10-Kommission entsprechend der gesetzlichen Vorschriften regelmäßig.

- i) Falls keine Information bzw. Zustimmung dieser Gremien über die Datenerhebung und die Übermittlung von Daten erfolgte, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 14h wird verwiesen.

15. Wie lauten die Antworten zu den Fragen entsprechend der Buchstaben 14a bis 14i, jedoch bezogen auf Daten aus der BND-Überwachung leitungsgebundener Internet- und Telekommunikation?

In rechtlicher Hinsicht ergeben sich keine Unterschiede zwischen der Erfassung satellitengestützter und leitungsgebundener Kommunikation. Insofern wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

16. Inwieweit und wie unterstützen der BND oder andere deutsche Sicherheitsbehörden ausländische Dienste auch beim Anzapfen von Telekommunikationskabeln vor allem in Deutschland?

Weder BND noch andere deutsche Sicherheitsbehörden unterstützen ausländische Dienste bei der Erhebung von Telekommunikationsdaten an Telekommunikationskabeln in Deutschland.

17. a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die von den Diensten Frankreichs betriebene Internet- und Telekommunikationsüberwachung und die mögliche Betroffenheit deutscher Internet- und Telekommunikation dadurch (vgl. Süddeutsche.de, 5. Juli 2013)?

Auf die Antwort zu Frage 1a wird verwiesen. Eine Betroffenheit deutscher Internet- und Telekommunikation von solchen Überwachungsmaßnahmen kann nicht ausgeschlossen werden, sofern hierfür ausländische Telekommunikationsnetze oder ausländische Telekommunikations- bzw. Internetdienste genutzt werden.

- b) Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, um den Sachverhalt aufzuklären sowie gegenüber Frankreich auf die Einhaltung deutscher als auch europäischer Grundrechte zu dringen?

Die Bundesregierung steht hierzu mit der französischen Regierung in Kontakt.

Aufnahme von Edward Snowden, Whistleblowerschutz und Nutzung von Whistleblower-Informationen zur Aufklärung

18. a) Welche Informationen hat die Bundeskanzlerin zur Rechtslage beim Whistleblowerschutz in den USA und in Deutschland, wenn sie u. a. im Sommerinterview vor der Bundespressekonferenz vom 19. Juli 2013 davon ausging, dass Whistleblower sich in jedem demokratischen Staat vertrauensvoll an irgendjemanden wenden können?

Besondere „Whistleblower-Gesetze“ bestehen vor allem in Staaten, die vom anglo-amerikanischen Rechtskreis geprägt sind (insbesondere USA, Groß-

britannien, Kanada, Australien). In Deutschland existiert zwar kein spezielles „Whistleblower-Gesetz“, Whistleblower sind gleichwohl in Deutschland geschützt. Der Schutz wird durch die allgemeinen arbeitsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Vorschriften sowie durch die höchstrichterliche Rechtsprechung gewährleistet. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat das Recht von Beschäftigten in Deutschland weiter konkretisiert, auch öffentlich auf Missstände an ihrem Arbeitsplatz hinzuweisen. Anders als in anderen Staaten gibt es in Deutschland einen hohen arbeitsrechtlichen Schutzstandard für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z. B. bei Abmahnungen und Kündigungen. Dieser hohe Standard gilt auch in Whistleblower-Fällen. Dies zeigt, dass der Schutz von Whistleblowern auf unterschiedlichen Wegen verwirklicht werden kann.

- b) Ist der Bundeskanzlerin bekannt, dass ein Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Whistleblowerschutz (Bundestagsdrucksache 17/9782) mit der Mehrheit der Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag am 14. Juni 2013 abgelehnt wurde?

Ausweislich des Plenarprotokolls auf Bundestagsdrucksache 17/246 Seite 31506 ist der genannte Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linksfraktion abgelehnt worden.

19. a) Hat die Bundesregierung, eine Bundesbehörde oder ein Beauftragter sich seit den ersten Medienberichten vom 6. Juni 2013 über die Vorgänge mit Edward Snowden oder einem anderen pressebekannten Whistleblower in Verbindung gesetzt, um die Fakten über die Ausspähung durch ausländische Geheimdienste weiter aufzuklären?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung klärt derzeit gemeinsam mit den amerikanischen und britischen Partnerbehörden den Sachverhalt auf. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien sind demokratische Rechtsstaaten und enge Verbündete Deutschlands. Der gegenseitige Respekt gebietet es, die Aufklärung im Rahmen der internationalen Gepflogenheiten zu betreiben.

Eine Ladung zur zeugenschaftlichen Vernehmung in einem Ermittlungsverfahren wäre nur unter den Voraussetzungen der Rechtshilfe in Strafsachen möglich.

Ein Rechtshilfeersuchen mit dem Ziel der Vernehmung Snowdens kann von einer Strafverfolgungsbehörde gestellt werden, wenn die Vernehmung zur Aufklärung des Sachverhaltes in einem anhängigen Ermittlungsverfahren für erforderlich gehalten wird. Diese Entscheidung trifft die zuständige Strafverfolgungsbehörde.

20. Wieso machte das Bundesministerium des Innern bisher nicht vom § 22 des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch, wonach dem Whistleblower Edward Snowden eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland angeboten und erteilt werden könnte, auch um ihn hier als Zeugen zu den mutmaßlich strafbaren Vorgängen vernehmen zu können?

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) kommt entweder aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen (Satz 1) oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland (Satz 2) in Betracht. Keine dieser Voraussetzungen ist nach Auffassung der zuständigen Ressorts (Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern) im Fall von Edward Snowden erfüllt.

21. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat Deutschland, falls nach etwaiger Aufnahme Edward Snowdens hier die USA seine Auslieferung verlangten, um die Auslieferung, etwa aus politischen Gründen, zu verweigern?

Zu dem hypothetischen Einzelfall kann die Bundesregierung keine Einschätzung abgeben. Der Auslieferungsverkehr mit den USA findet grundsätzlich nach dem Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika in Verbindung mit dem Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 21. Oktober 1986 und in Verbindung mit dem zweiten Zusatzvertrag zum Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 18. April 2006 statt.

#### Strategische Fernmeldeüberwachung durch den BND

22. Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Gesetzgeber mit der Änderung des Artikel 10-Gesetzes (G10-Gesetz) im Jahre 2001 den Umfang der bisherigen Kontrolldichte bei der „Strategischen Beschränkung“ nicht erhöhen wollte (vgl. Bundestagsdrucksache 14/5655, S. 17)?

Ja.

23. Teilt die Bundesregierung dieses damalige Ziel des Gesetzgebers noch?

Ja. Mit der in der Frage 22 angesprochenen Gesetzesänderung ist eine Anpassung an den technischen Fortschritt in der Abwicklung des internationalen Telekommunikationsverkehrs erfolgt. Eine Erweiterung des Umfangs der bisherigen Kontrolldichte war nicht beabsichtigt.

24. Wie hoch waren die in diesem Bereich zunächst erfassten (vor Beginn der Auswertungs- und Aussonderungsvorgänge) Datenmengen jeweils in den letzten beiden Jahren vor der Rechtsänderung (siehe Frage 22)?

Eine statistische Erfassung von Daten im Sinne der Frage fand und findet nicht statt.

25. Wie hoch waren diese (Definition siehe Frage 24) Datenmengen in den Jahren nach dem Inkrafttreten der Rechtsänderung (siehe Frage 22) bis heute jeweils?

Auf die Antwort zu Frage 24 wird verwiesen.

26. Wie hoch war die Übertragungskapazität der im genannten Zeitraum (siehe Frage 25) überwachten Übertragungswege insgesamt jeweils jährlich?

Die Angabe eines jährlichen Gesamtwertes für den in der Frage 25 genannten Zeitraum ist nicht möglich. Die jeweiligen Anordnungen sind auf einen dreimonatigen Anordnungszeitraum spezifiziert. Die Übertragungskapazität der angeordneten Übertragungswege ist abhängig von der Anzahl und der Art der angeordneten Übertragungswege.

27. Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, dass die 20-Prozent-Begrenzung des § 10 Absatz 4 Satz 4 G10-Gesetz auch die Überwachung des E-Mail-Verkehrs bis zu 100 Prozent erlaubt, sofern dadurch nicht mehr als 20 Prozent der auf dem jeweiligen Übertragungsweg zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität betroffen ist?

Die 20-Prozent-Begrenzung des § 10 Absatz 4 Satz 4 G 10 richtet sich nach der Kapazität des angeordneten Übertragungsweges und nicht nach dessen tatsächlichem Inhalt.

28. Stimmt die Bundesregierung zu, dass unter dem Begriff „internationale Telekommunikationsbeziehungen“ in § 5 G10-Gesetz nur Kommunikationsvorgänge aus dem Bundesgebiet ins Ausland und umgekehrt fallen?

Ja.

29. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass zu den Gebieten, über die Informationen gesammelt werden sollen (§ 10 Absatz 4 G10-Gesetz), in der Praxis, verbündete Staaten (z. B. USA) oder gar Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht gezählt wurden und werden?

Das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden soll, wird in der jeweiligen Beschränkungsanordnung bezeichnet (§ 10 Absatz 4 Satz 2 G 10).

30. Inwieweit trifft es zu, dass über die überwachten Übertragungswege heute technisch zwangsläufig auch folgende Kommunikationsvorgänge abgewickelt werden können (die nicht unter den sich aus den beiden vorstehenden Fragen ergebenden Anwendungsbereich strategischer Fernmeldeüberwachung fallen):
- a) rein innerdeutsche Verkehre,
  - b) Verkehre mit dem europäischen oder verbündeten Ausland und
  - c) rein innerausländische Verkehre?

Inwieweit in internationalen Übertragungssystemen Telekommunikationsverkehre mit Deutschlandbezug geführt werden, ist eine ständig revidierbare Marktentscheidung der Provider nach verfügbarer und preiswerter freier Bandbreite. Außerhalb innerdeutscher Übertragungstrecken werden vorwiegend, aber nicht ausschließlich, Kommunikationen von Deutschland in das Ausland und umgekehrt übertragen. Insofern können an beliebigen Orten der Welt Kommunikationen mit Deutschlandbezug, darunter auch innerdeutsche Verkehre, auftreten. Aus diesem Grund findet zur Durchführung von strategischen Beschränkungsmaßnahmen nach § 5 Absatz 1 G 10 eine Bereinigung um innerdeutsche Verkehre statt.

Durch ein mehrstufiges Verfahren wird sichergestellt, dass rein innerdeutsche Verkehre weder erfasst noch gespeichert werden.

31. Falls das (Frage 30) zutrifft,
- a) ist – ggf. beschreiben auf welchem Wege – gesichert, dass zu den vorgenannten Verkehren (Punktation zu Frage 30) weder eine Erfassung, noch eine Speicherung oder gar eine Auswertung erfolgt,
  - b) ist es richtig, dass die „de“-Endung einer E-Mail-Adresse und die IP-Adresse in den Ergebnissen der strategischen Fernmeldeüberwa-

- chung nach § 5 G10-Gesetz nicht sicher Aufschluss darüber geben, ob es sich um einen reinen Inlandsverkehr handelt?
- c) Wie und wann genau erfolgt die Aussonderung der in den Fragen 30a bis 30c beschriebenen Internet- und Telekommunikationsverkehre (bitte um genaue technische Beschreibung)?
  - d) Falls eine Erfassung erfolgt, ist zumindest sichergestellt, dass die Daten ausgesondert und vernichtet werden?
  - e) Wird gegebenenfalls hinsichtlich der Fragen 31a bis 31d nach den unterschiedlichen Verkehren differenziert, und wenn ja, wie?
32. Falls aus den Antworten zu Frage 31 folgt, dass nicht vollständig gesichert ist, dass die genannten Verkehre nicht erfasst oder/und gespeichert werden,
- a) wie rechtfertigt die Bundesregierung dies?
  - b) Vertritt sie die Auffassung, dass das G10-Gesetz für derartige Vorgänge nicht greift und die Daten der „Aufgabenzuweisung des § 1 BNDG zugeordnet“ (BVerfGE 100, S. 313, 318) werden können?
  - c) Was heißt dies (Frage 32b) ggf. im Einzelnen?
  - d) Können die Daten insbesondere vom BND gespeichert und ausgewertet oder gar an Dritte (z. B. die amerikanische Seite) weitergegeben werden (bitte jeweils mit Angabe der Rechtsgrundlage)?

Die Fragen 31 und 32 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Gegenstand der Fragen 31 und 32 sind solche Informationen, die das Staatswohl berühren und daher in einer zur Veröffentlichung vorgesehenen Fassung nicht zu behandeln sind. Das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung wird durch gleichfalls Verfassungsrecht genießende schutzwürdige Interessen wie das Staatswohl begrenzt. Mit einer substantiierten Beantwortung dieser Fragen würden Einzelheiten zur Methodik des BND benannt, die die weitere Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung auf dem spezifischen Gebiet der technischen Aufklärung gefährden würde.

Eine Bekanntgabe von Einzelheiten zum konkreten Verfahren der Selektion auf Basis der geltenden Gesetze erfasster Telekommunikationsverkehre im Rahmen der technischen Aufklärung würde weitgehende Rückschlüsse auf die technische Ausstattung und damit mittelbar auch auf die technischen Fähigkeiten und das Aufklärungspotential des BND zulassen. Dadurch könnte die Fähigkeit des BND, nachrichtendienstliche Erkenntnisse im Wege der technischen Aufklärung zu gewinnen, in erheblicher Weise negativ beeinflusst werden. Die Gewinnung von Informationen durch technische Aufklärung ist für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und für die Aufgabenerfüllung des BND jedoch unerlässlich. Sofern solche Informationen entfallen oder wesentlich zurückgehen sollten, würden empfindliche Informationslücken auch im Hinblick auf die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland drohen. Derartige Erkenntnisse dienen insbesondere auch der Beurteilung der Sicherheitslage in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Ausland. Ohne dieses Material wäre eine solche Sicherheitsanalyse nur noch sehr eingeschränkt möglich, da das Sicherheitslagebild zu einem nicht unerheblichen Teil aufgrund von Informationen, die durch die technische Aufklärung gewonnen werden, erstellt wird. Das sonstige Informationsaufkommen des BND ist nicht ausreichend, um ein vollständiges Bild zu erhalten und Informationsdefizite im Bereich der technischen Aufklärung zu kompensieren.

Insofern birgt eine Offenlegung der angefragten Informationen die Gefahr, dass Einzelheiten zur konkreten Methodik und zu aus den vorgenannten Gründen im hohen Maße schutzwürdigen spezifischen technischen Fähigkeiten des BND bekannt würden. Infolgedessen könnten sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure Rückschlüsse auf spezifische Vorgehensweisen und technische Fähigkeiten des BND gewinnen. Dies würde folgenschwere Einschränkungen der Informationsgewinnung bedeuten, womit letztlich der gesetzliche Auftrag des BND – die Sammlung und Auswertung von Informationen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind (§ 1 Absatz 2 BNDG) – nicht mehr sachgerecht erfüllt werden könnte.

Eine VS-Einstufung und Hinterlegung der angefragten Informationen in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages würde ihrer erheblichen Brisanz im Hinblick auf die Bedeutung der technischen Aufklärung für die Aufgabenerfüllung des BND nicht ausreichend Rechnung tragen. Die angefragten Inhalte beschreiben die technischen Fähigkeiten des BND so detailliert, dass eine Bekanntgabe auch gegenüber einem begrenzten Kreis von Empfängern ihrem Schutzbedürfnis nicht Rechnung tragen kann. Dies gilt umso mehr, als sie Spezifika betreffen, deren technische Umsetzung nur in einem bestimmten Verfahren erfolgen kann. Bei einem Bekanntwerden der schutzbedürftigen Information wäre kein Ersatz durch andere Instrumente möglich.

Aus dem Vorgesagten ergibt sich, dass die erbetenen Informationen derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen berühren, dass eine auch nur geringfügige Gefahr ihres Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann, weshalb nach konkreter Abwägung des parlamentarischen Informationsrechts mit dem Staatswohl hier ausnahmsweise Letzteres überwiegt.

33. Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass eine Weiterleitung der Ergebnisse der strategischen Fernmeldeüberwachung dann nicht rechtmäßig wäre, wenn die Aussonderung des rein innerdeutschen Verkehrs nicht gelingt?

Auf die Antwort zu Frage 30 wird verwiesen.

34. Hielte es die Bundesregierung für rechtmäßig, personenbezogene Daten, die der BND zulässigerweise gewonnen hat, an US-amerikanische Stellen zu übermitteln, damit diese dort – zur Informationsgewinnung auch für die deutsche Seite – mit den etwa durch PRISM erlangten US-Datenbeständen abgeglichen werden?

Der BND übermittelt Informationen an US-amerikanische Stellen ausschließlich auf Grundlage der geltenden Gesetze.

35. Wie stellt sich der ansonsten gleiche Sachverhalt für deutsche Truppen im Ausland wegen dortiger Erkenntnisse dar, die sie der amerikanischen Seite zum entsprechenden Zweck übermitteln?

Jegliches Handeln der Bundeswehr im Einsatz erfolgt im Einklang mit dem im Einzelfall anwendbaren nationalen und internationalen Recht, insbesondere dem jeweiligen Mandat und dem sich aus diesem ergebenden Auftrag. Liegen die Voraussetzungen im Einzelfall vor, wäre auch die Übermittlung von rechtmäßig gewonnenen personenbezogenen Daten an US-amerikanische Stellen zulässig.



36. Erfolgt die Weiterleitung von Internet- und Telekommunikationsdaten aus der strategischen Fernmeldeaufklärung gemäß § 5 G10-Gesetz nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung aufgrund des § 7a G10-Gesetz oder, wie in der Pressemitteilung des BND vom 4. August 2013 angedeutet, nach den Vorschriften des BND-Gesetzes (bitte um differenzierte und ausführliche Begründung)?

Die Übermittlung von durch Beschränkungsmaßnahmen nach § 5 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2, 3 und 7 G 10 erhobenen personenbezogenen Daten von Betroffenen an mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraute ausländische Stellen erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des § 7a G 10.

37. Gibt es bezüglich der Kommunikationsdatensammlung und -verarbeitung im Rahmen gemeinsamer internationaler Einsätze Regeln, z. B. der NATO?

Wenn ja, welche Regeln welcher Instanzen?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

Geltung des deutschen Rechts auf deutschem Boden

38. Gehört es nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung zur verfassungsrechtlich verankerten Schutzpflicht des Staates, die Menschen in Deutschland durch rechtliche und politische Maßnahmen vor der Verletzung ihrer Grundrechte durch Dritte zu schützen?
39. Ist es nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung für das Bestehen einer verfassungsrechtlichen Schutzpflicht entscheidend, welcher Rechtsordnung die Handlung, von der die Verletzung der Grundrechte einer in Deutschland befindlichen Person ausgeht, unterliegt?

Die Fragen 38 und 39 werden gemeinsam beantwortet.

Die Grundrechte sichern die Freiheitssphäre des Einzelnen vor Eingriffen der öffentlichen Gewalt. Aus der objektiven Bedeutung der Grundrechte werden darüber hinaus staatliche Schutzpflichten abgeleitet, die es der deutschen Hoheitsgewalt grundsätzlich auch gebieten können, die Schutzgegenstände der einzelnen Grundrechte vor Verletzungen zu schützen, welche weder vom deutschen Staat ausgehen noch von diesem mit zu verantworten sind. Bei der Erfüllung dieser Schutzpflichten misst das Bundesverfassungsgericht staatlichen Stellen grundsätzlich einen weiten Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsspielraum zu (vgl. BVerfGE 96, 56 (64); 115, 118 (159f.)).

40. Mit welchen Ergebnissen kontrolliert die Bundesregierung seit 2001, dass militärnahe Dienststellen ehemaliger v. a. US-amerikanischer und britischer Stationierungstreitkräfte sowie diesen verbundene Unternehmen (z. B. der weltgrößte Datennetzbetreiber Level 3 Communications LLC oder die L3 Services Inc.) in Deutschland ihrer Verpflichtung zur strikten Beachtung deutschen (auch Datenschutz-)Rechts hierzulande gemäß Artikel 2 des NATO-Truppenstatuts (NTS) nachkommen und nicht, wie mehrfach berichtet, auf Internetknotenpunkte in Deutschland zugreifen oder auf andere Art und Weise deutschen Telekommunikations- und

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Internetverkehr überwachen bzw. beim Überwachen helfen (siehe z. B. ZDF, Frontal 21 am 30. Juli 2013 und golem.de, 2. Juli 2013)?

Deutsches Recht ist auf deutschem Hoheitsgebiet von jedermann einzuhalten.

Für die Durchführung staatlicher Kontrollen bedarf es in der Regel eines Anfangsverdachts.

Liegen Anhaltspunkte vor, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder einen Anfangsverdacht im Sinne der Strafprozessordnung begründen, ist es Aufgabe der Polizei- und Ordnungsbehörden bzw. der Strafverfolgungsbehörden einzuschreiten. Eine solche Gefahr bzw. ein solcher Anfangsverdacht lagen in der Vergangenheit nicht vor. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof prüft derzeit jedoch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 3c und 12e verwiesen.

41. a) Ist die Bundesregierung dem Verdacht nachgegangen, dass private Firmen – unter Umständen unter Berufung auf ausländisches Recht oder die Anforderung ausländischer Sicherheitsbehörden – an ausländische Sicherheitsbehörden Daten von Datenknotenpunkten oder aus Leitungen auf deutschem Boden weiterleiten (siehe z. B. Süddeutsche.de, 2. August 2013)?

Im Rahmen der Aufklärungsarbeit hat das BSI die Deutsche Telekom und Verizon Deutschland als Betreiber der Regierungsnetze sowie den Betreiber des Internetknotens DE-CIX am 1. Juli 2013 um Stellungnahme zu einer in Medienberichten behaupteten Zusammenarbeit mit ausländischen, insbesondere US-amerikanischen und britischen Nachrichtendiensten gebeten. Die angeschriebenen Unternehmen haben in ihren Antworten versichert, dass ausländische Sicherheitsbehörden in Deutschland keinen Zugriff auf Daten haben. Für den Fall, dass ausländische Sicherheitsbehörden Daten aus Deutschland benötigen, erfolge dies im Wege von Rechtshilfeersuchen an deutsche Behörden.

Darüber hinaus ist die Bundesnetzagentur als Aufsichtsbehörde den in der Presse aufgeworfenen Verdachtsmomenten nachgegangen und hat im Rahmen ihrer Befugnisse die in Deutschland tätigen Telekommunikationsunternehmen, die in dem genannten Presseartikel vom 2. August 2013 benannt sind, am 9. August 2013 in Bonn zu den Vorwürfen befragt.

Die Einberufung zu der Anhörung stützte sich auf § 115 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes (TKG). Sie erging als Maßnahme, um die Einhaltung der Vorschriften des siebten Teils des TKG sowie der auf Grund dieser Vorschriften ergangenen Rechtsverordnungen und der jeweils anzuwendenden technischen Richtlinien sicherzustellen. Ergänzend zu der Anhörung wurden die Unternehmen einer schriftlichen Befragung unterzogen

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 12e verwiesen.

- b) Welche strafrechtlichen Ermittlungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung deswegen eingeleitet?
- c) Falls die Bundesregierung oder eine Staatsanwaltschaft dem nachging, mit welchen Ergebnissen?
- d) Falls nein, warum nicht?

Die Fragen sind Teil des in der Antwort zu Frage 3c genannten Beobachtungsvorgangs der Bundesanwaltschaft. Über strafrechtliche Ermittlungen auf anderen Ebenen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

42. Mit welchen Maßnahmen stellt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit sicher, dass Unternehmen, wie etwa die Deutsche Telekom AG (vgl. FOCUS Online vom 24. Juli 2013), die in den USA verbundene (Tochter-)Unternehmen unterhalten oder deutsche Kundendaten mithilfe US-amerikanischer Netzbetreiber oder anderer Datendienstleister bearbeiten, Daten nicht an US-amerikanische Sicherheitsbehörden weiterleiten?

Telekommunikationsunternehmen, die in Deutschland Daten erheben, unterliegen uneingeschränkt den Anforderungen des TKG. Das TKG erlaubt keine Zugriffe ausländischer Sicherheitsbehörden auf in Deutschland erhobene Daten. Die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen nach Teil 7 des TKG stellen die Bundesnetzagentur und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationssicherheit nach Maßgabe des § 115 TKG sicher.

Tochterunternehmen deutscher Unternehmen im Ausland wie T-Mobile USA unterliegen hinsichtlich der im Ausland erhobenen Daten den dortigen gesetzlichen Anforderungen.

43. Mit welchem Ergebnis hat die Bundesnetzagentur geprüft, ob diesen Unternehmen (vgl. Fragen 39 bis 41) ihre Tätigkeit als Betreiber von Telekommunikationsnetzen oder Anbieter von Telekommunikationsdiensten gemäß § 126 des Telekommunikationsgesetzes zu versagen ist?

Nach § 126 Absatz 3 TKG kann die Bundesnetzagentur eine Tätigkeit als Betreiber von Telekommunikationsnetzen oder Anbieter von Telekommunikationsdiensten untersagen, sofern das Unternehmen seine Verpflichtungen in schwerer oder wiederholter Weise verletzt oder den von der Bundesnetzagentur zur Abhilfe angeordneten Maßnahmen nach § 126 Absatz 2 TKG nicht nachkommt. Die in der Antwort zu Frage 41a aufgeführten Maßnahmen der Bundesnetzagentur ergaben keine Anhaltspunkte dafür, dass Voraussetzungen zur Anwendbarkeit des § 126 Absatz 3 TKG bei den befragten Unternehmen vorliegen.

44. a) Wird die Einhaltung deutschen Rechts auf US-amerikanischen Militärbasen, Überwachungsstationen und anderen Liegenschaften in Deutschland sowie hier tätigen Unternehmen regelmäßig überwacht?  
b) Wenn ja, wie?

Auf die Antwort zu Frage 40 wird verwiesen.

45. a) Welche BND-Abhöreinrichtungen (bzw. getarnt, etwa als „Bundesstelle für Fernmeldestatistik“) bestehen in Schöningen?  
b) Welche Internet- und Telekommunikationsdaten erfasst der BND dort, und auf welchem technischen Wege?  
c) Welche und wie viele der dort erfassten Internet- und Telekommunikationsdaten werden seit wann auf welcher Rechtsgrundlage an die NSA übermittelt?

Auf den Geheim eingestuftem Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Überwachungszentrum der NSA in Erbenheim bei Wiesbaden

46. Welche Funktionen soll das im Bau befindliche NSA-Überwachungszentrum Erbenheim haben (vgl. FOCUS Online u. a., Tagespresse am 18. Juli 2013)?
47. Welche Möglichkeiten zur Überwachung von leitungsgebundener oder satellitengestützter Internet- und Telekommunikation sollen dort entstehen?
48. Welche Gebäudeteile und Anlagen sind für die Nutzung durch US-amerikanische Staatsbedienstete und Unternehmen vorgesehen?
49. Auf welcher Rechtsgrundlage sollen US-amerikanische Staatsbedienstete oder Unternehmen von dort aus welche Überwachungstätigkeit oder sonstige ausüben (bitte möglichst präzise ausführen)?

Die Fragen 46 bis 49 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 verwiesen.

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse darüber vor, ob die NSA in Erbenheim bei Wiesbaden tätig ist, noch wie eine solche etwaige Tätigkeit im Einzelnen ausgestaltet und organisiert ist.

Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Bundesnachrichtendienst (BND) und NSA

50. a) Welchen Inhalt und welchen Wortlaut hat die Kooperationsvereinbarung vom 28. April 2002 zwischen BND und NSA u. a. bezüglich der Nutzung deutscher Überwachungseinrichtungen wie in Bad Aibling (vgl. taz.die tageszeitung, 5. August 2013)?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

- b) Wann genau hat die Bundesregierung diese Vereinbarung – wie etwa auf der Bundespressekonferenz vom 5. August 2013 behauptet – der G10-Kommission und dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages vorgelegt?

Die Vereinbarung wurde dem Parlamentarischen Kontrollgremium mit Schreiben vom 20. August 2013 zur Einsichtnahme übermittelt.

51. Auf welchen rechtlichen Grundlagen basiert die informationelle Zusammenarbeit von NSA und BND v. a. beim Austausch von Internet- und Telekommunikationsdaten (z. B. Joint Analysis Center und Joint Sigint Activity) in Bad Aibling oder Schöningen (vgl. etwa DER SPIEGEL, 5. August 2013) und an anderen Orten in Deutschland oder im Ausland?

Auf die Antwort zu Frage 56 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

52. a) Welche Daten betrifft diese Zusammenarbeit (Frage 51)?

Auf Bundestagsdrucksache 17/14560, die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie die Antworten zu den Fragen 31, 43 und 56 wird verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 14a verwiesen.

b) Welche Daten wurden und werden durch wen analysiert?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

c) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden und werden die Daten erhoben?

Auf die Antwort zu Frage 14b wird verwiesen.

d) Welche Zugriffsmöglichkeiten des NSA auf Datenbestände oder Abhöreinrichtungen deutscher Behörden bzw. hierzulande bestanden oder bestehen in diesem Zusammenhang?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

e) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden und werden welche Internet- und Telekommunikationsdaten an die NSA übermittelt?

Auf Bundestagsdrucksache 17/14560, die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antworten zu den Fragen 56 und 85 sowie die Antwort zu Frage 14d wird verwiesen.

f) Wann genau wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zustimmungserfordernisse für Datenerhebung und Datenübermittlung erfüllt (bitte im Detail ausführen)?

Auf die Antwort zu Frage 14f wird verwiesen.

g) Wann wurden die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages jeweils informiert bzw. um Zustimmung ersucht?

Auf die Antwort zu Frage 14h wird verwiesen.

53. Welche Vereinbarungen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland oder einer deutschen Sicherheitsbehörde einerseits und den USA, einer US-amerikanischen Sicherheitsbehörde oder einem US-amerikanischen Unternehmen andererseits, worin US-amerikanischen Staatsbediensteten oder Unternehmen Sonderrechte in Deutschland je welchen Inhalts eingeräumt werden (bitte mit Fundstellen abschließende Aufzählung aller Vereinbarungen jeglicher Rechtsqualität, auch Verbalnoten, politische Zusicherungen, soft law etc.)?

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind folgende Vereinbarungen einschlägig:

- Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen („NATO-Truppenstatut“) (BGBl. II 1961 S. 183):

Regelt die Rechtsstellung von Mitgliedern der Truppen und ihres zivilen Gefolges eines anderen NATO-Staates bei einem Aufenthalt in Deutschland und enthält Sonderrechte insbesondere zu Ausweispflicht, Waffenbesitz, Strafgerichtsbarkeit, Zivilgerichtsbarkeit sowie Steuer- und Zollvergünstigungen für Mitglieder der Truppe und des zivilen Gefolges.

- Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen vom 19. Juni 1951 hinsichtlich der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen („Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut“) (BGBl. II 1961 S. 1183):

Regelt die Rechtsstellung von Mitgliedern der Truppen und ihres zivilen Gefolges eines anderen NATO-Staates, die in Deutschland stationiert sind, insbesondere Ausweispflicht, Waffenbesitz, Strafgerichtsbarkeit, Zivilprozessen, Nutzung von Liegenschaften, Fernmeldeanlagen, Steuer- und Zollvergünstigungen.

- Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Urlaubern vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1384):

Anwendung der in Artikel 1 des Abkommens genannten Vorschriften von NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut auf Mitglieder und Zivilangestellte der amerikanischen Streitkräfte, die außerhalb des Bundesgebietes in Europa oder Nordafrika stationiert sind, und die sie begleitenden Familienangehörigen, wenn sie sich vorübergehend auf Urlaub im Bundesgebiet befinden und damit Gewährung der dort genannten Rechte (siehe oben).

- Verwaltungsabkommen vom 24. Oktober 1967 über die Rechtsstellung von Kreditgenossenschaften der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (BAnz. Nr. 213/67; geändert BGBl. 1983 II 115, 2000 II 617):

Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe, außer den Vorschriften des Arbeitsschutzrechts, nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe a, Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut.

- Deutsch-amerikanisches Verwaltungsabkommen vom 27. März 1996 über die Rechtsstellung der NationsBank of Texas, N. A., in der Bundesrepublik Deutschland (BGBl. II 1996 S. 1230):

Befreiung von Zöllen, Steuern, Einfuhr- und Wiederausfuhrbeschränkungen und von der Devisenkontrolle, Befreiung von den deutschen Vorschriften für die Ausübung von Handel und Gewerbe, außer den Vorschriften des Arbeitsschutzrechts, für die NationsBank nach Artikel 72 Absatz 1, Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut.

- Deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Auslegung und Anwendung des Artikels 73 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und des Außerkrafttretens der Vorgängervereinbarung vom 13. Juli 1995 (BGBl. 1998 II S. 1165) nebst Änderungsvereinbarung vom 10. Oktober 2003 (BGBl. 2004 II S. 31):

Regelt Anwendungsbereich des Artikels 73 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und damit, wer als technische Fachkraft wie ein Mit-

glied des zivilen Gefolges behandelt wird (und damit Rechte nach NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut bekommt).

- Deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, vom 27. März 1998 (BGBl. II 1998 S. 1199) nebst Änderungsvereinbarungen vom 29. Juni 2001 (BGBl. II 2001 S. 1029), vom 20. März 2003 (BGBl. II 2003 S. 437), vom 10. Dezember 2003 (BGBl. II 2004 S. 31) und vom 18. November 2009 (BGBl. II 2010 S. 5). Für jeden Auftrag, der auf dieser Grundlage von den US-Streitkräften an ein Unternehmen erteilt wird, ergeht eine Vereinbarung durch Notenwechsel, die jeweils im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wird. Die Befreiungen und Vergünstigungen werden jeweils nur für die Laufzeit des Vertrags der amerikanischen Truppe mit dem jeweiligen Unternehmen gewährt. Aktuell sind 50 solcher Verbalnotenwechsel in Kraft.

Die unter Bezugnahme auf diese Vereinbarungen ergangenen Notenwechsel befreien die betroffenen Unternehmen nach Artikel 72 Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 (b) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe. Andere Vorschriften des deutschen Rechts bleiben hiervon unberührt und sind von den Unternehmen einzuhalten.

- Deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (Rahmenvereinbarung) vom 29. Juni 2001 (BGBl. II 2001 S. 1018) nebst Änderungsvereinbarungen vom 11. August 2003 (BGBl. II 2003 S. 1540) und vom 28. Juli 2005 (BGBl. II 2005 S. 1115). Für jeden Auftrag, der auf dieser Grundlage von den US-Streitkräften an ein Unternehmen, erteilt wird, ergeht eine Vereinbarung durch Notenwechsel, die jeweils im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wird. Die Befreiungen und Vergünstigungen werden jeweils nur für die Laufzeit des Vertrags der amerikanischen Truppe mit dem jeweiligen Unternehmen gewährt. Aktuell sind 60 solcher Verbalnotenwechsel in Kraft.

Die unter Bezugnahme auf diese Vereinbarungen ergangenen Notenwechsel befreien die betroffenen Unternehmen nach Artikel 72 Absatz 4 i. V. m. Absatz 1 (b) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe. Andere Vorschriften des deutschen Rechts bleiben hiervon unberührt und sind von den Unternehmen einzuhalten.

54. Welche dieser Vereinbarungen sollen bis wann gekündigt werden?

Keine.

55. Wurden das Bundeskanzleramt und die Bundeskanzlerin persönlich jeweils davon informiert, dass die NSA zur Aufklärung ausländischer Entführungen deutscher Staatsangehöriger bereits zuvor erhobene Verbindungsdaten deutscher Staatsangehöriger an Deutschland übermittelt hat?

Wenn ja, wann?

Sofern der BND bei Entführungsfällen deutscher Staatsangehöriger im Ausland durch die Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten sachdien-

liche Hinweise zum Schutz von Leib und Leben der betroffenen Person erhält, werden diese Hinweise dem in solchen Fällen zuständigen Krisenstab der Bundesregierung, in dem auch das Bundeskanzleramt vertreten ist, zur Verfügung gestellt. Die Bundeskanzlerin wird über für sie relevante Aspekte informiert.

56. Wann hat die Bundesregierung hiervon jeweils die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages informiert?

Sofern in Entführungsfällen Anträge auf Anordnung einer Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses zu stellen sind, werden das PKGr und die G 10-Kommission im Wege der Antragstellung unverzüglich mit dem Vorgang befasst und informiert.

57. Wie erklärten sich
- die Bundeskanzlerin,
  - der BND und
  - der zuständige Krisenstab des Auswärtigen Amts
- jeweils, dass diese Verbindungsdaten den USA bereits vor den Entführungen zur Verfügung standen?

Entführungen finden ganz überwiegend in den Krisenregionen dieser Welt statt. Diese Krisenregionen stehen generell im Aufklärungsfokus der Nachrichtendienste weltweit. Im Rahmen der allgemeinen Aufklärungsbemühungen in solchen Krisengebieten durch Nachrichtendienste fallen auch sogenannte Metadaten, insbesondere Kommunikationsdaten, an. Darüber hinaus werden Entführungen oft von Personen bzw. von Personengruppen durchgeführt, die dem BND und anderen Nachrichtendiensten zum Zeitpunkt der Entführung bereits bekannt sind.

58. a) Von wem erhielten der BND und das BfV jeweils wann das Analyseprogramm XKeyscore?

Auf die Antwort zu den Fragen 68 und 69 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

- b) Auf welcher rechtlichen Grundlage (bitte ggf. vertragliche Grundlage zur Verfügung stellen)?

Für die Übergabe von XKeyscore an BND und BfV ist keine rechtliche Grundlage erforderlich.

59. Welche Informationen erhielten die Bediensteten des BfV und des BND bei ihren Arbeitstreffen und Schulungen bei der NSA über Art und Umfang der Nutzung von XKeyscore in den USA?

Auf die Antwort zu Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.



60. a) Mit welchem konkreten Ziel beschafften sich BND und BfV das Programm XKeyscore?  
b) Zur Bearbeitung welcher Daten sollte es eingesetzt werden?

BfV und BND bezweckten mit der Beschaffung und dem Einsatz des Programms XKeyscore das Testen und die Nutzung der auf Bundestagsdrucksache 17/14560, konkret in der Antwort zu Frage 76, genannten Funktionalitäten. In soweit wird auch auf die Antwort zu Frage 62a verwiesen.

61. a) Wie verlief der Test von XKeyscore im BfV genau?  
b) Welche Daten waren davon in welcher Weise betroffen?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

62. a) Wofür genau nutzt der BND das Programm XKeyscore seit dessen Beschaffung (angeblich 2007)?  
b) Welche Funktionen des Programms setzte der BND bisher praktisch ein?

Auf die Antwort zu Frage 76 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftlichen Frage 25 des Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz auf Bundestagsdrucksache 17/14530 wird verwiesen.

- c) Auf welcher Rechtsgrundlage genau geschah dies jeweils?

Der Einsatz von XKeyscore erfolgte gemäß § 1 Absatz 2 BNDG.

63. Welche Gegenleistungen wurden auf deutscher Seite für die Ausstattung mit XKeyscore erbracht (bitte gegebenenfalls haushaltsrelevante Grundlagen zur Verfügung stellen)?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

64. a) Wofür plant das BfV, das nach eigenen Angaben derzeit nur zu Testzwecken vorhandene Programm XKeyscore einzusetzen?

Auf die Antwort zu Frage 60 wird verwiesen.

- b) Auf welche konkreten Programme welcher Behörde bezieht sich die Bundesregierung bei ihrem Verweis auf Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung durch Polizeibehörden des Bundes (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/14530),

Es handelt sich um integrierte Fachanwendungen zur Erfassung und Aufbereitung der im Rahmen einer Telekommunikationsüberwachung aufgezeichneten Daten der Hersteller Syborg und DigiTask.

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

- c) Was bedeutet „Lesbarmachung des Rohdatenstroms“ konkret in Bezug auf welche Übertragungsmedien (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 17/14530; bitte entsprechend aufschlüsseln)?

Über Datenleitungen, wie sie im Zusammenhang mit dem Internet genutzt werden, wird eine Folge von Nullen und Einsen (Bit- oder Rohdatenstrom) übertragen. Die berechnete Stelle erhält im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnis zur Telekommunikationsüberwachung einen solchen Datenstrom, der einem konkreten Anschluss zugeordnet ist.

Um diesen Bitstrom in ein lesbare Format zu überführen, werden die Bitfolgen anhand spezieller international genormter Protokolle (z. B. CSMA-CD, TCP/IP usw.) und weiteren ggf. von Internetdiensteanbietern festgelegten Formaten weiter, z. B. in Buchstaben, übersetzt. In einem weiteren Schritt werden diese z. B. in Texte zusammengesetzt. Diese Schritte erfolgen mittels der in Antwort zu Frage 64b genannten Software, die den Rohdatenstrom somit lesbar macht.

65. a) Gibt es irgendwelche Vereinbarungen über die Erhebung, Übermittlung und den gegenseitigen Zugriff auf gesammelte Daten zwischen NSA oder GCHQ (bzw. deren je vorgesetzte Regierungsstellen) und BND oder BfV (bitte um Nennung von Vereinbarungen jeglicher Rechtsqualität, z. B. konkludentes Handeln, mündliche Absprachen, Verwaltungsvereinbarungen)?
- b) Wenn ja, was beinhalten diese Vereinbarungen jeweils?

Die Nachrichtendienste pflegen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit zahlreichen ausländischen Partnerdiensten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit übermitteln diese Dienste regelmäßig Informationen. Informationen an die Partnerdienste werden gemäß der gesetzlichen Vorschriften weitergegeben.

Im Übrigen wird auf den Geheim eingestuftem Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

66. Bezieht sich der verschiedentliche Hinweis der Präsidenten von BND und BfV auf die mangelnden technischen Kapazitäten ihrer Dienste auch auf eine mangelnde Speicherkapazität für die effektive Nutzung von XKeyscore?

Nein.

67. Haben das BfV und der BND je das Bundeskanzleramt über die geplante Ausstattung mit XKeyscore informiert?
- a) Wenn ja, wann?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Da die Fachaufsicht für das BfV dem Bundesministerium des Innern und nicht dem Bundeskanzleramt obliegt, erfolgte keine Unterrichtung des Bundeskanzleramts durch das BfV.

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 64 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 und auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

68. Wann hat die Bundesregierung die G10-Kommission und das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages über die Ausstattung von BfV und BND mit XKeyscore informiert?

Eine Unterrichtsrelevanz hinsichtlich der in der Frage genannten Gremien ist der bereits seit 2007 im Einsatz befindlichen Software XKeyscore nicht beigemessen worden.

Eine Unterrichtung der G 10-Kommission erfolgte am 29. August 2013, eine Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist am 16. Juli 2013 erfolgt.

69. Inwiefern dient das neue NSA-Überwachungszentrum in Wiesbaden auch der effektiveren Nutzung von XKeyscore bei deutschen und US-amerikanischen Anwendern?

Auf die Antwort zu Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

70. Wie lauten die Antworten auf die Fragen 58 bis 69 entsprechend, jedoch bezogen auf die vom BND verwendeten Auswertungsprogramme MIRA4 und VEGAS, welche teils wirksamer als entsprechende NSA-Programme sein sollen (vgl. DER SPIEGEL, 5. August 2013)?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

71. a) Wurden oder werden der BND und das BfV durch die USA finanziell oder durch Sach- und Dienstleistungen unterstützt?  
b) Wenn ja, in welchem Umfang, und wodurch genau?

Auf den Geheim eingestuften Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

72. An welchen Orten in Deutschland bestehen Militärbasen und Überwachungsstationen in Deutschland, zu denen amerikanische Staatsbedienstete oder amerikanische Firmen Zugang haben (bitte im Einzelnen auflisten)?

Prinzipiell können amerikanische Staatsbedienstete oder amerikanische Firmen Zugang zu allen in Deutschland bestehenden Militärbasen und Überwachungsstationen haben. Das gilt z. B. für Firmen die im Rahmen ihrer Aufgaben in einer Militärbasis tätig werden oder bei gemeinsamen Übungen der NATO-Streitkräfte.

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Geheim“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass dieser Zugang von dem Erfordernis im Einzelfall abhängt. Eine Auflistung kann daher nicht erstellt werden.

73. Wie viele US-amerikanische Staatsbedienstete, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen welcher privater US-Firmen, deutscher Bundesbehörden und Firmen üben dort (siehe Frage 72) eine Tätigkeit aus, die auf Verarbeitung und Analyse von Telekommunikationsdaten gerichtet ist?

Angaben zu Tätigkeiten von US-amerikanischen Staatsbediensteten, Mitarbeitern von privaten US-Firmen, deutscher Bundesbehörden oder Firmen auf Militärbasen werden zahlenmäßig nicht zentral erfasst.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 72 verwiesen.

74. Welche deutsche Stelle hat die dort tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen privater US-Firmen mit ihren Aufgaben und ihrem Tätigkeitsbereich zentral erfasst?

Diese Angaben werden nicht zentral erfasst.

Die zuständigen Behörden der US-Streitkräfte übermitteln für Arbeitnehmer von Unternehmen, die Truppenbetreuung (nach der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind vom 27. März 1998 nebst Änderungsvereinbarungen) oder analytische Dienstleistungen erbringen (nach der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind vom 29. Juni 2001 nebst Änderungsvereinbarungen), den zuständigen Behörden des jeweiligen Bundeslandes Informationen u. a. zur Person des Arbeitnehmers und zu seinen dienstlichen Angaben.

75. a) Wie viele Angehörige der US-Streitkräfte arbeiten in den in Deutschland bestehenden Überwachungseinrichtungen insgesamt (bitte ab 2001 auflisten)?
- b) Auf welche Weise wird ihr Aufenthalt und die Art ihrer Beschäftigung und ihres Aufgabenbereichs erfasst und kontrolliert?

Im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung werden hierzu keine Zahlen erfasst. Über die Art und Weise, ob und ggf. wie die Bundesländer entsprechende Statistiken führen, hat die Bundesregierung keine Kenntnis.

76. a) Über wie viele Beschäftigte verfügt das Generalkonsulat der USA in Frankfurt insgesamt (bitte ab 2001 auflisten)?

Das US-Generalkonsulat in Frankfurt am Main beschäftigt zurzeit 521 Personen. Über die Vorjahre sind bei der Bundesregierung nur Personalveränderungen pro Jahr erfasst, die wegen der unterschiedlich langen Beschäftigungszeiten keinen direkten Schluss auf den absoluten Personalbestand pro Jahr zulassen.

- b) Wie viele der Beschäftigten verfügen über einen diplomatischen oder konsularischen Status?

Von den 521 angemeldeten Beschäftigten verfügen 414 über einen konsularischen Status als Konsularbeamte oder Bedienstete des Verwaltungs- oder technischen Personals. Diplomatischen Status hat kein Bediensteter, da dieser nur Personal diplomatischer Missionen zusteht.

- c) Welche Aufgabenbeschreibungen liegen der Zuordnung zugrunde (bitte Übersicht mit aussagekräftigen Sammelbezeichnungen)?

Nach dem Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen (WÜK) notifiziert der Entsendestaat dem Empfangsstaat die Bestellung von Mitgliedern der konsularischen Vertretung, nicht jedoch deren Aufgabenbeschreibungen innerhalb der Vertretung.

77. Inwieweit treffen die Informationen der langjährigen NSA-Mitarbeiter Binney, Wiebe und Drake zu (stern.de, 24. Juli 2013), wonach

- a) die Zusammenarbeit von BND und NSA bezüglich Spähsoftware bereits Anfang der 90er-Jahre begonnen habe,

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

- b) die NSA dem BND schon 1999 den Quellcode für das effiziente Spähprogramm „Thin Thread“ überlassen habe zur Erfassung und Analyse von Verbindungsdaten wie Telefondaten, E-Mails oder Kreditkartenrechnungen weltweit,

Auf die zu veröffentlichende Antwort der Bundesregierung zu Frage 38 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/14714 vom 7. August 2013 wird verwiesen.

- c) auch der BND aus „Thin Thread“ viele weitere Abhör- und Spähprogramme mitentwickelte, u. a. das wichtige und bis mindestens 2009 genutzte Dachprogramm „Stellar Wind“, dem mindestens 50 Spähprogramme Daten zugeliefert haben, u. a. das vorgenannte Programm PRISM,

Auf die Antwort zu Frage 77b wird verwiesen.

- d) die NSA derzeit 40 und 50 Billionen Verbindungs- und Inhaltsdaten von Telekommunikation und E-Mails weltweit speichere, jedoch im neuen NSA-Datenzentrum in Bluffdale/Utah aufgrund dortiger Speicherkapazitäten „mindestens 100 Jahre der globalen Kommunikation“ gespeichert werden können,
- e) die NSA mit dem Programm „Ragtime“ zur Überwachung von Regierungsdaten auch die Kommunikation der Bundeskanzlerin erfassen könne?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

Strafbarkeit und Strafverfolgung der Ausspähungsvorgänge

78. Wurde beim Generalbundesanwalt (GBA) im Allgemeinen Register für Staatsschutzstrafsachen (ARP) ein ARP-Prüfvorgang, welcher einem formellen (Staatsschutz-)Strafermittlungsverfahren vorangehen kann, gegen irgendeine Person oder gegen Unbekannt angelegt, um den Verdacht der Spionage oder anderer Datenschutzverstöße im Zusammenhang mit der Ausspähung deutscher Internetkommunikation zu ermitteln?

Auf die Antwort zu Frage 3c wird verwiesen.

79. Hat der GBA in diesem Rahmen ein Rechtshilfeersuchen an einen anderen Staat initiiert?

Wenn ja, an welchen Staat, und welchen Inhalts?

Nein.

80. Welche „Auskunft- bzw. Erkenntnisanfragen“ hat der GBA hierzu (Frage 78) an welche Behörden gerichtet?
- Wie wurden diese Anfragen je beschieden?
  - Wer antwortete mit Verweis auf Geheimhaltung nicht?

Der Generalbundesanwalt richtete mit Schreiben vom 22. Juli 2013 Bitten um Auskunft über dort vorhandene Erkenntnisse an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium des Innern, das Auswärtige Amt, den BND, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Die Antworten der genannten Stellen sind erfolgt, dies jeweils ohne Verweis auf Geheimhaltung.

Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen gegen Überwachung von Menschen und Unternehmen in Deutschland

81. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, und wird sie vor der Bundestagswahl ergreifen, um Menschen in Deutschland vor der andauernden Erfassung und Ausspähung insbesondere durch Großbritannien und die USA zu schützen?

Im Rahmen der Bundespressekonferenz vom 19. Juli 2013 hat die Bundeskanzlerin ein Acht-Punkte-Programm für einen besseren Schutz der Privatsphäre vorgestellt. Das Programm steht im Wortlaut im Internetangebot der Bundesregierung unter [www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/07/2013-07-19-bkin-nsa-sommerpk.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/07/2013-07-19-bkin-nsa-sommerpk.html) mit Erläuterungen zum Abruf bereit. Es umfasst folgende Maßnahmen:

- Aufhebung von Verwaltungsvereinbarungen mit USA, GBR und FRA bezüglich der Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs in Deutschland;
- Gespräche mit den USA auf Expertenebene über eventuelle Abschöpfung von Daten in Deutschland;
- Einsatz für eine VN-Vereinbarung zum Datenschutz (Zusatzprotokoll zu Artikel 17 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen);

- 4) Vorantreiben der Datenschutzgrundverordnung;
- 5) Einsatz für die Erarbeitung von gemeinsamen Standards für Nachrichtendienste;
- 6) Erarbeitung einer ambitionierten Europäischen IT-Strategie;
- 7) Einsetzung Runder Tisch „Sicherheitstechnik im IT-Bereich“;
- 8) Stärkung von „Deutschland sicher im Netz“.

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung vom 14. August 2013 über die daraufhin von den jeweils zuständigen Ressorts eingeleiteten Maßnahmen gesprochen und den ersten Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Acht-Punkte-Programms beschlossen. Der Fortschrittsbericht zeigt, dass eine Reihe von Maßnahmen zur Umsetzung des Programms ergriffen und dabei bereits konkrete Ergebnisse erzielt werden konnten. Der Fortschrittsbericht steht im Internetangebot des Bundesministeriums des Innern unter [www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2013/08/bericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2013/08/bericht.pdf?__blob=publicationFile) zum Abruf bereit.

Des Weiteren wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung und die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 108 bis 110 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 sowie auf die Antworten zu den Fragen 93 bis 94 verwiesen.

Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen gegen Überwachung der deutschen Bundesverwaltung

82. In welchem Umfang nutzen öffentliche Stellen des Bundes (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Behörden) oder – nach Kenntnis der Bundesregierung – der Länder Software und/oder Dienstangebote von Unternehmen, die an den eingangs genannten Vorgängen, insbesondere der Überwachung durch PRISM und TEMPORA
  - a) unterstützend mitwirkten,
  - b) hiervon direkt betroffen oder angreifbar waren bzw. sind?

Der Bundesregierung liegen keine über die auf Basis des Materials von Edward Snowden hinausgehenden Kenntnisse vor, dass die von öffentlichen Stellen des Bundes genutzte Software von den angeblichen Überwachungsprogrammen der NSA bzw. des GCHQ betroffen ist. Die in diesem Zusammenhang genannten Dienstleister wie Google und Facebook haben gegenüber der Bundesregierung versichert, dass sie nur auf richterliche Anordnung in festgelegten Einzelfällen personenbezogene Daten an US-Behörden übermitteln. Microsoft hat presseöffentlich verlauten lassen, dass auf Daten nur im Zusammenhang mit Strafverfolgungsmaßnahmen zugegriffen werden dürfe. Derartige Strafverfolgungsmaßnahmen stehen nicht im Zusammenhang mit Überwachungsmaßnahmen wie sie in Verbindung mit PRISM in den Medien dargestellt worden sind.

83. a) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung kurzfristig für diese Nutzung getroffen?

Die Bundesregierung hat geprüft, zu welchen diensteanbietenden Unternehmen Kontakt aufzunehmen ist. Diese Unternehmen teilten mit, dass sie ausländischen Behörden keinen Zugriff auf Daten in Deutschland eingeräumt hätten. Sie besäßen zudem keine Erkenntnisse zu Aktivitäten fremder Nachrichtendienste in ihren Netzen. Generell ist darauf hinzuweisen, dass die Vertraulichkeit der Regierungskommunikation durch umfassende Maßnahmen gewährleistet ist.

- b) Welche Konsequenzen wird sie etwa im Hinblick auf Einkauf und Vergabe ziehen, um eine Überwachung deutscher Infrastrukturen zu vermeiden?

Für die sicherheitskritischen Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen des Bundes gelten höchste Sicherheitsanforderungen, die gerade auch einer Überwachung der Kommunikation durch Dritte entgegenwirken. Die v. g. Sicherheitsanforderungen ergeben sich insbesondere aus Vorgaben des BSI und dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG). Aus den Sicherheitsanforderungen leiten sich auch die entsprechenden Anforderungen an die Beschaffung von IT-Komponenten ab. So können z. B. für das VS – Nur für den Dienstgebrauch zugelassene Regierungsnetz nur Produkte mit einer entsprechenden Zulassung beschafft und eingesetzt werden. Auch die Hersteller solcher Produkte müssen besondere Anforderungen erfüllen (z. B. Aufnahme in die Geheimschutzbetreuung und Einsatz sicherheitsüberprüfter Personals), damit diese als vertrauenswürdig angesehen werden können.

#### Vorbemerkung zu den Fragen 84 bis 87

Die Bundesregierung geht für die Beantwortung der Fragen 84, 86 und 87 davon aus, dass diese sich auf die Initiative beziehen, ein Fakultativprotokoll zu Artikel 17 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (IPbR) zu erarbeiten.

84. a) Ist die Bundesregierung anders als die Fragesteller der Auffassung, dass die durch Edward Snowdens Dokumente belegte umfangreiche Überwachung der Telekommunikation und Datenabschöpfung durch NSA und GCHQ Artikel 17 des UN-Zivilpakts (Schutz des Privatlebens, des Briefverkehrs u. a.) nicht verletzt?
- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass nur dann – also im Falle der in Frage 84 erfragten Rechtslage – Bedarf für die Ergänzung dieser Norm um ein Protokoll zum Datenschutz besteht, wie die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, nun vorgeschlagen hat (vgl. z. B. Süddeutsche.de „Mühsamer Kampf gegen die heimlichen Schnüffler“ vom 17. Juli 2013)?

Ob und inwieweit die von Edward Snowden vorgetragenen Überwachungsvorgänge tatsächlich belegt sind, ist derzeit offen. Daher ist auch eine Bewertung am Maßstab von Artikel 17 IPbR nicht möglich. Unabhängig davon stammt die Regelung von Artikel 17 IPbR, der die Vertraulichkeit privater Kommunikation bereits jetzt grundsätzlich schützt, aus einer Zeit vor Einführung des Internets. Angesichts der seither erfolgten technischen Entwicklungen erscheint es geboten, diesen mit einer Aktualisierung und Konkretisierung des Textes in der Form eines Fakultativprotokolls zu Artikel 17 IPbR Rechnung zu tragen.

85. a) Wird die Bundesregierung – ebenso wie die Regierung Brasiliens (vgl. SPIEGEL ONLINE, 8. Juli 2013) – die Vereinten Nationen anrufen, um die eingangs genannten Vorgänge v. a. seitens der NSA förmlich verurteilen und unterbinden zu lassen?

Nein.



- b) Wenn nein, warum nicht?

Der Bundesregierung liegen keine ausreichenden Kenntnisse des tatsächlichen Sachverhalts vor. Sobald die Bundesregierung über gesicherte Kenntnisse verfügt, wird sie weitere Schritte sorgfältig prüfen.

86. a) Wie lange wird es nach Einschätzung der Bundesregierung dauern, bis das von ihr angestrebte internationale Datenschutzabkommen in Kraft treten kann?
- b) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass dies etwa zehn Jahre dauern könnte?
- c) Welche Konsequenzen zieht die Bunderegierung aus dieser Erkenntnis?

Die Verhandlung eines internationalen Vertrages ist naturgemäß ein längerer Prozess, dessen Dauer nicht vorherbestimmt werden kann.

87. a) Welche diplomatischen Bemühungen hat die Bundesregierung innerhalb der Vereinten Nationen und ihren Gremien und gegenüber europäischen wie außereuropäischen Staaten unternommen, um für die Aushandlung eines internationalen Datenschutzabkommens zu werben?
- b) Sofern bislang noch keine Bemühungen unternommen wurden, warum nicht?
- c) In welchem Verfahrensstadium befinden sich die Verhandlungen derzeit?

Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, und die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger haben am 19. Juli 2013 ein Schreiben an ihre EU-Amtskollegen gerichtet, mit dem sie eine gemeinsame Initiative zum besseren Schutz der Privatsphäre im Kontext weltweiter elektronischer Kommunikation angeregt und dies mit dem konkreten Vorschlag für ein Fakultativprotokoll zu Artikel 17 IPbR verbunden haben. Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle stellte diesen Ansatz am 22. Juli 2013 im Rat für Außenbeziehungen und am 26. Juli 2013 beim Vierertreffen der deutschsprachigen Außenminister vor. Die Bundesministerin der Justiz hat dies ihrerseits im Rahmen des Vierländertreffens der deutschsprachigen Justizministerinnen am 25./26. August 2013 angesprochen.

- d) Welche Reaktionen auf etwaige Bemühungen der Bundesregierung gab es seitens der Vereinten Nationen und anderer Staaten?

Eine Reihe von Staaten wie auch die VN-Hochkommissarin für Menschenrechte haben der Bundesregierung Unterstützung für die Initiative signalisiert. Dabei wurde allerdings auch auf die Gefahren hingewiesen, die von Staaten ausgehen können, denen es weniger um einen Schutz der Freiheitsrechte als eine stärkere Kontrolle des Internets geht.

- e) Haben die USA ihre Bereitschaft zugesagt, sich an der Aushandlung eines internationalen Datenschutzabkommens zu beteiligen?

Die USA haben sich zur Idee eines Fakultativprotokolls zu Artikel 17 IPbR ablehnend geäußert.

88. Teilt die Bundesregierung die Bedenken der Fragesteller gegen den Nutzen ihrer Verschlüsselungsinitiative „Deutschland sicher im Netz“ von 2006, weil diese Initiative v. a. durch US-Unternehmen wie Google und Microsoft getragen wird, welche selbst NSA-Überwachungsanordnungen unterliegen und schon befolgten (vgl. Süddeutsche.de vom 15. Juli 2013, „Merkel gibt die Datenschutzkanzlerin“)?

Nein. Es handelt sich bei dem Verein „Deutschland sicher im Netz e. V.“ nicht um eine „Verschlüsselungs-Initiative“. Die Aktivitäten des Vereins und seiner Mitglieder richten sich auf die Erarbeitung von Handlungsvorschlägen, die als nachhaltige Service-Angebote Privatnutzern, insbesondere Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie mittelständischen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Zur Rolle der genannten Unternehmen wird im Übrigen auf die Antwort zu den Fragen 5a bis 5c und auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 58 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 verwiesen.

89. Welche konkreten Vorschläge zur Stärkung der Unabhängigkeit der IT-Infrastruktur macht die Bundesregierung mit jeweils welchem konkreten Regelungsziel?

In Umsetzung von Punkt 7 des in Antwort zu Frage 81 genannten Acht-Punkte-Programms fand unter Leitung der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik am 9. September 2013 ein Runder Tisch „Sicherheitstechnik im IT-Bereich“ mit Vertretern aus Politik, Verbänden, Ländern, Wissenschaft, IT- und Anwenderunternehmen statt, um die Rahmenbedingungen für IT-Sicherheitshersteller in Deutschland zu verbessern. Erörtert wurde ein Bündel von Maßnahmen, um die technologische Kompetenz und die technologische Souveränität bei der IKT-Sicherheit in Deutschland auszubauen. Die Vorschläge des Runden Tisches wird die Bundesregierung nun mit Blick auf die nächste Legislaturperiode im Einzelnen prüfen und bewerten.

Im Projekt Netze des Bundes soll eine an den Anforderungen der Fachaufgaben ausgerichtete, standortunabhängige und sichere Netzinfrastruktur der Bundesverwaltung geschaffen werden. Eine solche Netzinfrastruktur des Bundes muss als kritische Infrastruktur eine angemessene Sicherheit sowohl für die reguläre Kommunikation der Bundesverwaltung bieten, als auch im Rahmen besonderer Lagen die Krisenkommunikation (z. B. der Lagezentren) in geeigneter Weise ermöglichen. Neben der Sicherstellung einer VS-NfD-konformen Kommunikation wird mittel- und langfristig eine sukzessive Konsolidierung der Netze der Bundesverwaltung in eine gemeinsame Kommunikationsinfrastruktur angestrebt.

90. a) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte, dass Geheimdienste der USA oder Großbritanniens die Kommunikation in deutschen diplomatischen Vertretungen ebenso wie in EU-Botschaften überwachen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013), und wenn ja, welche?
- b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine etwaige Überwachung der Kommunikation der EU-Einrichtungen oder diplomatischen Vertretungen in Brüssel durch die NSA, die angeblich von einem besonders gesicherten Teil des NATO-Hauptquartiers im Brüsseler Vorort Evere aus durchgeführt wird (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013)?

Auf die Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

## Kurzfristige Sicherungsmaßnahmen durch Aussetzung von Abkommen

91. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der Europäischen Union (EU) darauf drängen, das EU-Fluggastdatenabkommen mit den USA zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung sieht in einer Beendigung des Abkommens „über die Verwendung von Fluggastdatensätzen und deren Übermittlung an das United States Department of Homeland Security“ (sog. EU-USA-PNR-Abkommen) kein geeignetes Mittel im Sinne der Fragestellung. Das Abkommen stellt die Rechtsgrundlage dafür dar, dass europäische Fluggesellschaften Fluggastdaten an die USA übermitteln und so erst die durch amerikanisches Recht vorgeschriebenen Landevoraussetzungen erfüllen können. Zur Erreichung dieses Ziels kämen als Alternative zu einem EU-Abkommen mit den USA nur bilaterale Abkommen zwischen den USA und den einzelnen Mitgliedstaaten in Betracht, bei denen nach Einschätzung der Bundesregierung aber jeweils ein niedrigeres Datenschutzniveau als im EU-Abkommen zu erwarten wäre.

92. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der EU darauf drängen, das SWIFT-Abkommen mit den USA zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Das zwischen den USA und der EU geschlossene Abkommen „über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus“ (sog. SWIFT-Abkommen oder TFTP-Abkommen) dient der Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus. Es regelt sowohl konkrete Voraussetzungen, die für die Weiterleitung der Zahlungsverkehrsdaten an die USA erfüllt sein müssen (Artikel 4) als auch konkrete Voraussetzungen, die vorliegen müssen, damit die USA die weitergeleiteten Daten einsehen können (Artikel 5). Eine Kündigung wird von der Bundesregierung nicht als geeignetes Mittel im Sinne der Fragestellung gesehen.

93. a) Wird die Bundesregierung innerhalb der EU darauf drängen, die Safe-Harbor-Vereinbarung zu kündigen, um den politischen Druck auf die USA zu erhöhen, die Massenausspähung deutscher Kommunikation zu beenden und die Daten der Betroffenen zu schützen?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat bereits beim informellen JI-Rat in Vilnius am 19. Juli 2013 auf eine unverzügliche Evaluierung des Safe-Harbor-Modells gedrängt und gemeinsam mit Frankreich eine Initiative ergriffen, um das Safe-Harbor-Modell zu verbessern. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, in der Datenschutz-Grundverordnung einen rechtlichen Rahmen für Garantien zu schaffen, der geeignete hohe Standards für Zertifizierungsmodelle in Drittstaaten setzt, wie sie mit dem Safe-Harbor-Abkommen angestrebt werden. In diesem rechtlichen Rahmen soll festgelegt werden, dass von Unternehmen, die sich solchen Modellen anschließen, geeignete Garantien zum Schutz personenbezogener

Daten als Mindeststandards übernommen und dass diese Garantien wirksam kontrolliert werden.

Die Bundesregierung setzt sich zudem dafür ein, dass Safe Harbor und die in der Datenschutz-Grundverordnung bislang vorgesehenen Regelungen zur Drittstaatenübermittlung noch im September 2013 in Sondersitzungen auf Expertenebene in Brüssel behandelt werden. Dabei soll auch das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit dem Safe-Harbor-Abkommen mit unseren europäischen Partnern in Brüssel erörtert werden.

94. a) Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung für den Datenschutz und die Datensicherheit beim Cloud Computing, und wird sie ihre Strategie aufgrund dieser Schlussfolgerungen konkret und kurzfristig verändern?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit bzw. Cybersicherheit insbesondere bei internetbasierten Anwendungen und Diensten wie dem Cloud Computing eng miteinander verknüpft sind und gemeinsam im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung betrachtet werden müssen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, im Bereich der Auftragsdatenverarbeitung unter Berücksichtigung moderner Formen der Datenverarbeitung wie Cloud Computing ein hohes Datenschutzniveau, einschließlich Datensicherheitsstandards zu sichern. Es ist ein Kernanliegen der Bundesregierung, dass neue technische Entwicklungen bei der Ausarbeitung der Datenschutz-Grundverordnung praxisnah und rechtssicher erfasst werden.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die Informationssicherheit einer der Schlüsselfaktoren für die zuverlässige Nutzung von IT-Dienstleistungen aus der Cloud. Das BSI verfolgt daher bereits seit längerem das Ziel, gemeinsam mit Anwendern und Anbietern angemessene Sicherheitsanforderungen an das Cloud Computing zu entwickeln, die einen Schutz von Informationen, Anwendungen und Systemen gewährleisten. Hierzu hat das BSI zum Beispiel das Eckpunktepapier „Sicherheitsempfehlungen für Cloud Computing Anbieter – Mindestsicherheitsanforderungen in der Informationssicherheit“ für sicheres Cloud Computing veröffentlicht.

95. a) Wird sich die Bundesregierung kurz- und mittelfristig bzw. im Rahmen eines Sofortprogramms angesichts der mutmaßlich andauernden umfangreichen Überwachung durch ausländische Geheimdienste für die Förderung bestehender, die Entwicklung neuer und die allgemeine Bereitstellung und Information zu Schutzmöglichkeiten durch Verschlüsselungsprodukte einsetzen?
- b) Wenn ja, wie wird sie die Entwicklung und Verbreitung von Verschlüsselungsprodukten fördern?
- c) Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antworten zu den Fragen 89 und 96 auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

Des Weiteren bietet das BSI Bürgerinnen und Bürgern Hinweise für das verschlüsselte kommunizieren an ([www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/Sicherheit-ImNetz/Verschluesstkommunizieren/verschluesstkommunizieren.html](http://www.bsi-fuer-buerger.de/BSIFB/DE/Sicherheit-ImNetz/Verschluesstkommunizieren/verschluesstkommunizieren.html)) und empfiehlt der Wirtschaft den Einsatz vertrauenswürdiger Produkte (beispielsweise durch Verschlüsselung besonders geschützter Smartphones).

96. a) Setzt sich die Bundesregierung für das Ruhen der Verhandlungen über ein EU-US-Freihandelsabkommen bis zur Aufklärung der Ausspähaffäre ein?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung befürwortet die planmäßige Aufnahme der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft durch die Europäische Kommission und die US-Regierung. Parallel zum Beginn der Verhandlungen wurde hat ein erstes Treffen der „Ad-hoc EU-US Working Group on Data Protection“ stattgefunden.

#### Sonstige Erkenntnisse und Bemühungen der Bundesregierung

97. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die Verhandlungen über das geplante Datenschutzabkommen zwischen den USA und der EU voranzubringen?

Die Verhandlungen werden von der Europäischen Kommission und der jeweiligen EU-Präsidentschaft auf Basis eines detaillierten, vom Rat der Europäischen Union unter Mitwirkung von Deutschland mit Beschluss vom 3. Dezember 2010 erteilten Verhandlungsmandats geführt. Das Abkommen betrifft ausschließlich die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen. Die Bundesregierung tritt dafür ein, dass das Abkommen einen hohen Datenschutzstandard gewährleistet, der sich am Maßstab des europäischen Datenschutzes orientiert. Die Bundesregierung hat insbesondere immer wieder deutlich gemacht, dass eine Einigung mit den USA letztlich nur dann auf Akzeptanz stoßen wird, wenn auch eine zufriedenstellende Lösung für den individuellen gerichtlichen Rechtsschutz und angemessene Speicher- und Löschungsfristen erzielt wird.

98. a) Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, in die EU-Datenschutzrichtlinie eine Vorschrift aufzunehmen, wonach es in der EU tätigen Telekommunikationsunternehmen bei Strafe verboten ist, Daten an Geheimdienste außerhalb der EU weiterzuleiten?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Der derzeit in Brüssel beratene Vorschlag einer Datenschutzrichtlinie betrifft ausschließlich den Datenschutz im Bereich der Polizei und der Justiz. Sie richtet sich an die entsprechenden Polizei- und Justizbehörden innerhalb der EU. Unternehmen fallen demgegenüber in den Anwendungsbereich der ebenfalls in Brüssel beratenen Datenschutz-Grundverordnung. Die Bundesregierung hat am 31. Juli 2013 durch eine schriftliche Note im Rat vorgeschlagen, eine Regelung in die Datenschutz-Grundverordnung aufzunehmen, nach der Unternehmen verpflichtet sind, Ersuchen von Behörden und Gerichten in Drittstaaten an die zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden in der EU zu melden und die Datenweitergabe von diesen genehmigen zu lassen, soweit nicht die vorrangigen strengen Verfahren der Rechts- und Amtshilfe seitens der Behörden und Gerichte in den Drittstaaten beschränkt werden.

99. a) Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Rahmen der anlässlich der Ausspähaffäre eingesetzten EU-US High-Level-Working Group on security and data protection, und hat sie sich dafür eingesetzt, dass die Frage der Ausspähung von EU-Vertretungen durch US-Geheimdienste Gegenstand der Verhandlungen wird?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass sich die „Ad-hoc EU-US Working Group on Data Protection“ umfassend mit den gegenüber den USA bekannt gewordenen Vorwürfen auseinandersetzen kann. Das der Tätigkeit der Arbeitsgruppe zugrunde liegende Mandat bildet diese Zielrichtung entsprechend ab. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 90 verwiesen.

100. Welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung gegen die vermutete Ausspähung von EU-Botschaften durch die NSA ergreifen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 29. Juni 2013)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 90 verwiesen.

101. a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zwischenzeitlich zu der Ausspähung des G20-Gipfels in London 2009 durch den britischen Geheimdienst GCHQ gewonnen?
- b) Welche mutmaßliche Betroffenheit der deutschen Delegation konnte im Nachhinein festgestellt werden?
- c) Welche Auskünfte gab die britische Regierung zu diesem Vorgang auf welche konkreten Nachfragen der Bundesregierung?

Die Bundesregierung hat – über den durch die Medien veröffentlichten Sachverhalt – keine Kenntnisse zu dem in der Frage genannten Vorfall. Konkrete Nachfragen an die britische Regierung wurden nicht gestellt.

- d) Welche Sicherheits- und Datenschutzvorkehrungen hat die Bundesregierung als Konsequenz für künftige Teilnahmen deutscher Delegationen an entsprechenden Veranstaltungen angeordnet?

Die Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für Daten und Kommunikationsdienste ist allgemein gemäß der BSI-Standards als zyklischer Prozess gerade auch im Sinn der ständigen Verbesserung und Anpassung an die Gefährdungslage angelegt. Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an deutschen Delegationen gelten regelmäßig daher bereits hohe Sicherheitsanforderungen. Somit sind entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen wie z. B. der ausschließliche Einsatz sicherer Technologien etablierter Standard. Darüber hinaus war und ist dieser Personenkreis eine der hervorgehobenen Zielgruppen für regelmäßige Individualberatungen zu Fragen der IT-Sicherheit.

- e) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es sich bei der Ausspähung der deutschen Delegation um einen „Cyberangriff“ auf deutsche Regierungsstellen gehandelt hat?

Auf die Antwort zu den Fragen 101a bis 101c wird verwiesen.

- f) Sind unmittelbar nach Bekanntwerden das BSI sowie das Cyberabwehrzentrum informiert und entsprechend mit dem Vorgang befasst worden?

Ja.

g) Wenn nein, warum nicht?

Entfällt.

Fragen nach der Erklärung vom Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla, vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages vom 12. August 2013

102. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Glaubhaftigkeit der mitgeteilten No-spy-Zusagen der NSA, angesichts des Umstandes, dass der (der NSA sogar vorgesetzte) Koordinator aller US-Geheimdienste, James Clapper, im März 2013 nachweislich US-Kongressabgeordnete über die NSA-Aktivitäten belog (vgl. The Guardian, 2. Juli 2013; SPIEGEL ONLINE, 13. August 2013)?
- b) Welche Schlussfolgerungen hinsichtlich der Verlässlichkeit von Zusagen US-amerikanischer Regierungsvertreter zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang daraus, dass James Clapper (laut The Guardian und SPIEGEL ONLINE, je a. a. O.)
- aa) damals im Senat sagte, die NSA sammle nicht Informationen über Millionen US-Bürger, dies jedoch nach den Snowden-Enttüllungen korrigierte,
- bb) als herauskam, dass die NSA Metadaten über die Kommunikation von US-Bürgern auswertet, zunächst bemerkte, seine vorhergehende wahrheitswidrige Formulierung sei die „am wenigsten falsche“ gewesen,
- cc) schließlich seine Lüge zugeben musste mit dem Hinweis, er habe dabei den Patriot Act vergessen, das wichtigste US-Sicherheitsgesetz der letzten 30 Jahre?

Auf die Antwort zu Frage 3 sowie die Vorbemerkung der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/14560 wird verwiesen.

103. a) Steht die Behauptung vom Bundesminister für besondere Aufgaben, Ronald Pofalla, vom 12. August 2013, NSA und GCHQ beachteten nach eigener Behauptung „in Deutschland“ bzw. „auf deutschem Boden“ deutsches Recht, unter dem stillschweigenden Vorbehalt, dass es in Deutschland Orte gibt, an denen deutsches Recht nicht oder nur eingeschränkt gilt, z. B. britische oder US-amerikanische Militärliegschaften?

Nein.

- b) Welche Gebiete bzw. Einrichtungen bestehen nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung in Deutschland, die bei rechtlicher Betrachtung nicht „in Deutschland“ bzw. „auf deutschem Boden liegen“ (bitte um abschließende Aufzählung und eingehende rechtliche Begründung)?

Derartige Gebiete bzw. Einrichtungen bestehen nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/14617 des Abgeordneten Tom Koenigs verwiesen.

- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Presseberichten bestehende Einschätzung des Ordnungsamtes Griesheim ([www.echo-online.de](http://www.echo-online.de), 14. August 2013), das sogenannte Dagger Areal bei Griesheim sei amerikanisches Hoheitsgebiet?

Die Einschätzung des Ordnungsamtes Griesheim liegt der Bundesregierung nicht vor. Im Übrigen sieht sich die Bundesregierung nicht veranlasst, Stellungnahmen von Kommunalbehörden, die staatsorganisatorisch Teil der Länder sind, zu kommentieren.

- d) Welche völkerrechtlichen Vereinbarungen, Verwaltungsabkommen, mündlichen Abreden o. Ä. ist Deutschland mit welchen Drittstaaten bzw. mit deren (v. a. Sicherheits- bzw. Militär-)Behörden eingegangen, die jenen
- aa) die Erhebung, Erlangung, Nutzung oder Übermittlung persönlicher Daten über Menschen in Deutschland erlauben bzw. ermöglichen oder Unterstützung dabei durch deutsche Stellen vorsehen, oder
- bb) die Übermittlung solcher Daten an deutsche Stellen auferlegen
- (bitte vollständige differenzierte Auflistung nach Datum, Beteiligten, Inhalt, ungeachtet der Rechtsnatur der Abreden)?

Deutschland hat zahlreiche völkerrechtliche Vereinbarungen geschlossen, die den Austausch personenbezogener Daten für Zwecke der Strafverfolgung im konkreten Einzelfall oder für weitere Zwecke gestatten. Durch die jeweilige Aufnahme entsprechender Datenschutzklauseln in den Vereinbarungen oder bei der Übermittlung der Daten wird sichergestellt, dass der Datenaustausch nur im Rahmen des deutschen bzw. europäischen Datenschutzrecht Zulässigen stattfindet. Zu diesen Abkommen zählen insbesondere sämtliche Abkommen zur polizeilichen oder grenzpolizeilichen Zusammenarbeit, vertragliche Vereinbarungen der justiziellen Rechtshilfe in multilateralen Übereinkommen der Vereinten Nationen, des Europarates und der Europäischen Union sowie in bilateralen Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten etc.

Eine eigenständige Datenerhebung durch ausländische Behörden in Deutschland sehen diese Abkommen nicht vor. Ausnahmen hiervon können ggf. bei der grenzüberschreitenden Nacheile oder grenzüberschreitender Observation im Rahmen der grenzpolizeilichen Zusammenarbeit oder bei der Zeugenvernehmung durch ein ausländisches Gericht im Inland im Rahmen der Rechtshilfe gelten.

Zentrale Übersichten zu den angefragten Vereinbarungen liegen nicht vor. Die Einzelerhebung konnte angesichts des eingeschränkten Zeitrahmens nicht durchgeführt werden.

104. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Grundrechtsschutz und die Datenschutzstandards in Deutschland auch verletzt werden können
- a) durch Überwachungsmaßnahmen, die von außerhalb des deutschen Staatsgebietes durch Geheimdienste oder Unternehmen (z. B. bei Providern, an Netzknoten, TK-Kabeln) vorgenommen werden,
- b) etwa dadurch, dass der E-Mailverkehr von und nach den USA gänzlich oder in erheblichem Umfang durch die NSA inhaltlich überprüft



wird (vgl. New York Times, 8. August 2013), also damit auch E-Mails von und nach Deutschland?

Der Grundrechtsbindung gemäß Artikel 1 Absatz 3 GG unterliegt nur die inländische öffentliche Gewalt. Ausländische Staaten oder Privatpersonen sind keine Grundrechtsadressaten. Sofern eine Maßnahme ausländischer Staatsgewalt oder eines ausländischen Unternehmens vorliegt, die deutsche Staatsbürger beeinträchtigt, ist der Abwehrgehalt der Grundrechte deshalb nur dann betroffen, wenn das Handeln der deutschen öffentlichen Gewalt zurechenbar ist. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts endet die grundrechtliche Verantwortlichkeit deutscher staatlicher Gewalt grundsätzlich dort, wo ein Vorgang in seinem wesentlichen Verlauf von einem fremden, souveränen Staat nach seinem eigenen, von der Bundesrepublik unabhängigen Willen gestaltet wird (BVerfGE 66, 39 (62)). Wegen der Schutzpflichtdimension wird auf die Antwort zu den Fragen 38 und 39 verwiesen. Für datenschutzrechtliche Regelungen in Deutschland gilt, dass sie öffentliche und nichtöffentliche Stellen im Geltungsbereich dieser datenschutzrechtlichen Regelungen binden.





